

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Perzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108.

Montag, den 11. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## O welche Lust, Soldat zu sein.

Aus Soldatenbriefen.

O Straßburg, o Straßburg,  
Du wunderschöne Stadt,  
Darinnen liegt begraben  
So manntlicher Soldat.

Altes Soldatenlied.

Im Neigastage hat Genosse Dittmann mit Unterstützung seiner Fraktionskollegen Böhle, Ebert, Haberland und Scheidemann eine sogenannte „kleine Anfrage“ an den Reichskanzler gerichtet über die Ursachen von Erkrankungen und Todesfällen, die sich beim 143. Infanterieregiment in Straßburg i. E., das sich vom Niederrhein rekrutiert, zugetragen haben. Nach dem Wortlaut der Anfrage ist das Regiment während der letzten Wintermonate bei strenger Kälte und tagelang anhaltendem Regenwetter zu Feldübungen im Gelände bis zu ununterbrochener fünfjähriger Dauer kommandiert worden und infolge dieser Strapazen sind sehr viele Erkrankungen vorgekommen, so daß die Lazarette zeitweilig überfüllt waren. Der Reichskanzler wird gefragt, ob er davon Kenntnis habe und ihm im besonderen bekannt sei, daß zwei Soldaten der 2. Kompagnie durch die unausgesetzte Ueberanstrengung im Dienst in ihrer Gesundheit derartig geschwächt wurden, daß sie nach kurzer Erkrankung starben, daß ferner zwei andere Soldaten derselben Kompagnie aus Verzeßlung ihrem Leben durch Erhängen resp. Erschießen ein Ende machten.

In schroffem Tone antwortete General Wild v. Hohenborn, die Behauptungen seien nicht wahr; Erkrankungen und Selbstmorde seien auf andere Ursachen zurückzuführen. Im übrigen lehne er die Beantwortung der Frage ab, denn weder der Reichskanzler noch der Reichstag seien in Fragen der Ausbildung der Truppen zuständig. Punktum! Der kurzen Rede tiefer Sinn ist: was die Armeeverwaltung mit den Soldaten macht, geht weder die deutsche Volkvertretung noch den Reichskanzler das geringste an, dafür ist die Seeresverwaltung nur sich selbst Rechenschaft schuldig.

Es ist bekannt, daß der kommandierende General des in Straßburg liegenden 15. Armeekorps Herr v. Deimling ist, der dem Oberst Reutter in der 3. Bataillon die Rückgrat steife und sowohl dadurch, wie auch schon vorher durch sein Auftreten im Reichstage als Regierungskommissar für Südwestafrika recht unliebsam von sich reden gemacht hat. In Straßburg rief er vor Jahr und Tag allgemeinen Unwillen dadurch hervor, daß er zur Parade und zu seinen Truppenaus- und einmärschen rücksichtslos stundenlang die wichtigsten Verkehrsstraßen benutzte und sie damit vollständig dem allgemeinen Verkehr entzog. Was in der Anfrage an den Reichskanzler über „Gewaltmärsche der Truppen“ gesagt wird, das mutet an, als wähe sich Herr v. Deimling noch im Herero-Kriege in Südwestafrika. Im Kriegsjahre mögen solche Strapazen zeitweilig unvermeidlich sein, in Friedenszeiten aber muß man von einem Truppenführer verlangen, daß er Gesundheit und Leben der Truppen nicht durch übermäßige Anstrengungen gefährdet. In welcher Weise das beim 143. Infanterie-Regiment in Straßburg i. E. geschehen ist, dafür wollen wir im nachstehenden Aufsatz die Briefe eines der unglücklichsten Soldaten sprechen lassen, denen die unausgesetzte Ueberanstrengung des Dienstes das Leben gekostet haben.

Die Briefe stammen von dem im letzten Herbst eingezogenen Muskettier Hüblich aus Belberth im Rheinland. Sie sind teils an den Vater, teils an die Braut gerichtet. Der Briefschreiber, Schlosser von Beruf, war ein gesunder, kräftiger Mensch, der vor seiner Militärzeit nie einen Arzt gebraucht hat, und der nach Aussage seiner Verwandten gern Soldat wurde und war. Aus den Briefen geht auch hervor, daß er bei seinen Vorgesetzten anscheinend wohl gelitten war, und er erhebt deshalb auch keine persönlichen Vorwürfe gegen sie wegen der übermenschlichen Anstrengungen, über die er klagt. Charakteristisch ist auch der in den Briefen immer wiederkehrende Selbsttrost, daß „diese Zeit geht vorüber und es kommt eine bessere Zeit“. Andererseits spürt man, wie er angesichts der unausgesetzten auf ihn eindringenden Fragen — Ueberanstrengung, Ermüdung, Kälte, Unterernährung, Krankheit — fortgesetzt mit der Verzweiflung ringt. Der letzte Brief des jungen Mannes enthält eine Mitteilung, daß er wegen Rippenfellentzündung ins Lazarett gekommen sei. Da sie dann zwei Wochen lang auf ihre Briefe keine Antwort mehr bekommen, richteten seine Auerwandten schließlich einen Einschreibebrief an ihn nach dem Lazarett. Als Antwort kommt am andern Tages ein Telegramm an den Vater, daß sein Sohn an Gehirnhautentzündung

schwer erkrankt und sein Zustand ernst sei. Gründonnerstag und Karfreitag besucht ihn der Vater im Lazarett; er klagt über wahnwitzige Kopfschmerzen. Raun ist der Vater tags darauf zurückgekehrt, da trifft in der Heimat ein Telegramm des Garnisonlazaretts ein, daß der Sohn an Genickstarre verstorben sei. Wer die Briefe liest, sieht in diesem Ende nur den traurigen Abschluß eines monatelangen verzweiflungsvollen Kampfes gegen die Wirkungen des barbarischen Systems. Gleichzeitig berichten die Briefe von dem Selbstmorde zweier Kameraden und dem Tode eines anderen Kameraden im Anschluß an übermenschliche Strapazen. Nun möge der Leser die Briefe auf sich wirken lassen.

Karte vom 8. Januar 1914 an die Braut:

„Doch es geht bald besser, darum mach' Dir keine Gedanken. Ich sollte ins Lazarett, doch es ist zu überfüllt, darum bin ich noch hier.“

Brief an die Braut vom 18. Januar 1914:

„Gott sei Dank, daß diese Woche um ist. Was war das ein schreckliches Wochenende. Von Mittwoch an immer ins Gelände. Des Morgens um 4 Uhr mußten wir schon aufstehen und um 5 Uhr ging's los, dann mußten wir 30-38 Kilometer laufen. . . . Dann ging's wieder „Lauffschritt marsch, marsch!“, „Hinlegen!“, „Auf!“ und dann in der Kälte, die Finger waren manchmal ganz steif, doch man durfte nichts jagen, und ich war jedesmal froh, wenn's nach Hause ging, und dann war es auch 8 Uhr. Dann mußten wir das Gewehr noch reinigen und das dauerte auch noch eine Stunde. Dann wurde Kaffee getrunken und dann ging's ins Bett. Wir waren auch halbtot vor Müdigkeit. Doch des anderen Morgens ging's wieder los. Das schlimmste war der Freitag. Als wir des Abends nach Hause kamen, da hieß es: „Wache heraus!“ und da mußten wir mit acht Mann noch zur Wache. Was hab' ich da geliebt. Anstatt daß man ins Bett gehen konnte, mußte man noch auf Wache. Dabei waren wir so müde, daß wir kaum die Augen aufhalten konnten, doch wir wußten, es war Befehl. Auf der Wache schlafen durften wir nicht. Am uns die Zeit zu vertreiben, haben wir Karten gespielt um Patronen, bis daß die Stunde kam, wo ich draußen hin mußte und auf- und abgehen mußte von 1 bis 3 Uhr; das war eifig, so ganz allein zwischen den Gräbern. Als ich meine zwei Stunden um hatte, wollte ich hereingehen, daß der andere rauskommt. Doch da kommt der Unteroffizier und sagt, ich müßte noch zwei Stunden stehen, denn der andere sei krank geworden; es müßte sofort einer gehen und ein Auto holen, um den Kranken fortzuschaffen. Ich mußte wieder auf den Platz zurück. Nach einer halben Stunde war das Auto da und holte den Halbtoten. Er war nämlich schon halb tot, denn er ist nach einer Stunde, als er im Lazarett war, gestorben. Es war ein guter Freund von mir, ein Poie, ein guter Junge; es tut mir wirklich leid um ihn. Doch was ist daran zu machen; er hat's jetzt besser als wir. Er hatte starke Lungenentzündung, wie der Arzt sagte; doch ich bin jetzt wieder recht im Schuß, nur noch etwas erkältet und habe den Husten; doch es wird auch bald gehen. So müßte ich noch zwei Stunden draußen in der Kälte sein. (Nach dem Wetterbericht der meteorologischen Landesanstalt sank das Thermometer in jener Nacht auf - 12 Grad. Die Red.) Doch als ich die Zeit um hatte, da sagte ich: „Gott sei Dank, jetzt geht's ins Wachtlokal.“ Ich war froh, daß ich hineingehen konnte und mich wärmen, denn ich war durch und durch kalt. Doch da kam Bescheid, daß wir mit drei Mann sofort nach Hause kommen sollten. Da dachte ich, jetzt könnten wir wohl ins Bett gehen, daß sie wohl eingesehen hätten, daß das zu viel ist. Doch da hatte ich mich sehr getäuscht, denn da hieß es: „Anziehen und den Feldgrauen angezogen und den Tornister gepackt“, und da mußten wir wieder mit ins Feld und das dauerte noch wieder bis des Abends. Was war ich müde. Wenn es diese Woche wieder so geht, dann melde ich mich aber krank, denn man geht ja ganz dabei zugrunde. Ich möchte mal wissen, warum ich noch immer dabei sein muß. Sie konnten mich doch auf der Wache lassen; es war doch noch ein anderer da. Doch ich habe so etwas gehört. Der Hauptmann sagte, als ich im Felde lag, zum Leutnant, ob der Hüblich auch dabei wäre. Der Leutnant sagte: „Jawohl!“, da sagte unser Hauptmann: „Das ist gut. Das muß ein aufgeweckter Junge sein. Der kann's ja noch besser als die alten Leute, obwohl er erst ein Vierteljahr hier ist.“ Nachher kamen sie zu mir und fragten mich, ob ich noch müde wäre von gestern. Da sagte ich: „Jawohl Herr Hauptmann. Habe nämlich die Nacht auf Wache gestanden und vier Stunden draußen.“ Da sagte er: „Das sollst Du nicht umsonst getan haben. Bald gehen die Alten nach Hause und dann werdet Ihr alte Leute. Du sollst Deinen Lohn bekommen und Ostern 14 Tage Urlaub haben. Das sage ich Dir jetzt schon zu. Da war

meine Müdigkeit hin, denn ich dachte die 14 Tage zu Dir zu fahren.“ (Am Tage vor Ostern war der arme Kerl bereits den Strapazen erlegen. Die Red.)

Brief an die Braut vom 21. Januar 1914:

„Ich habe den Husten wieder schlimmer und bald gar keine Stimme. Die Brust tut mir so weh, daß ich es manchmal nicht aushalten kann und Kopfschmerzen zum Verrücktwerden. Hatte mich gestern krank gemeldet, doch der Arzt sagte: „Das mache nichts!“ Ich wollte mich nur drücken. Doch wenn er wüßte, wie ich manchmal Schmerzen habe, dann jagte er anders. Doch es ist ein anderer Arzt, ein Schweinhund. Wenn wir den andern noch hätten, hätte er mich sofort ins Lazarett geschickt. Doch es macht nichts. Jeden Morgen melde ich mich krank, bis daß er es leid ist. Denn wenn ich nicht kann, kann ich eben nicht. Gern melde ich mich auch nicht. Doch wenn es nicht geht, geht es doch nicht. Was man hier bei den Preußen nicht alles aushalten muß. Man muß erst halb tot sein, dann können sie erst sehen, daß man krank ist. Gerade wie bei meinem Freunde, als ich auf Wache war, wovon ich Dir schon geschrieben habe. Als er eben eine Stunde im Lazarett war, da war er schon tot. Vorige Woche habe ich zwei Wachen stehen müssen und auf der letzten Wache habe ich es weg bekommen. . . . Nach dieser Zeit kommt eine andere Zeit. Ich hatte mich auch das Soldatenleben anders vorgestellt. Du glaubst nicht, wie leid ich es hier bin. Mit aller Anstrengung geh' ich Morgens zum Dienst. Du kannst es mir glauben, wenn Du nicht wärest und mich nach dieser schweren Zeit glücklich machtest, ich wäre nicht mehr hier. . . . Werde morgen eine Karte schreiben und schreiben, was der Arzt jagt. Werde mich morgen wieder krank melden, da ich es vor Schmerzen nicht aushalten kann. . . . Verzeih die schlechte Schrift, ich kann die Hand noch nicht richtig bewegen vor Kälte.“

Brief an die Braut vom 22. Februar 1914.

„Wir waren diese Woche hier nicht in Straßburg, sondern hatten eine Uebung von Dienstag bis gestern Abend. Es ging jeden Tag weiter. Bis an die Grenze sind wir gewesen. Das war nichts. Des Morgens früh ging's los bis des Abends spät. Dann dachten wir in Quartier zu kommen, doch ach, statt dessen mußten wir in der Scheune schlafen. Dabei so müde und am andern Morgen war man ganz steif. Das Zeug konnte man nicht ausziehen. So haben wir von Dienstag bis gestern (Samstag) abend das Zeug nicht vom Leibe gehabt, Wäsche war Nebenache. Als wir gestern abend wieder nach Hause zurückkamen, sofort wurde sich gewaschen, obwohl wir müde waren zum Umfallen. Wir konnten kaum noch die Treppe herauf, so müde waren wir. Das Zeug flog nur so in die Hütte (Spind) und der schwere Risse (Tornister) flog unter das Bett. Dann ging's ins Bett. Bis heute mittag haben wir geschlafen. In keiner Stadt oder Dorf haben wir Haft gemacht, sondern es ging immer weiter. Im Felde haben wir zu Mittag gegessen und morgens und abends Kaffee getrunken. Auf dem Lande bei den Bauern kamen wir ins Quartier. Da konnte man aber nichts bekommen, das war ein Jammer. Wurst, Butter oder so etwas konnte man nicht haben. (Die Bevölkerung dort ist selber blutarm. Die Red.) So konnte man trocken Brot essen. Ich war froh, als es hieß: „Samstag abend geht's nach Hause“, denn wir sollten noch länger ausbleiben. . . . Ich bin auch noch gesund und munter, nur noch müde, und wenn ich den Brief fertig habe, geht's wieder ins Bett. Dann schlafe ich mal tüchtig wieder aus, denn in der Scheune ist doch kein Schlafen, man wird nur noch müder. . . . Ich muß wieder nach Hause schreiben, daß sie was schicken, denn das Essen ist zu schlecht hier. Man kann es kaum essen. Dann will ich lieber trocken Brot essen, als wie den Fraß. Ich habe mich vorige Woche, als ich das Essen sah, übergeben müssen. Doch es macht nichts, die Zeit geht um. Wir brauchen ja nicht immer und ewig in Straßburg Soldat zu sein und das ist ein Glück. . . . Verzeihe die schlechte Schrift, bin noch halb am Schlafen.“

Brief an die Braut vom 15. März 1914.

„Ich wollt“, die Zeit wäre um, ich bin es hier so leid, besonders die Woche war ich nahe an der Verzweiflung. Man kann es manchmal kaum aushalten und wenn Du nicht wärest, wer weiß, ob ich noch hier wäre. Ich habe des nachts geweint vor Mut und Leid. . . . Doch ich werde aushalten, solange ich kann. Wache Dir keine Sorgen, wenn ich auch diese Woche hier einer aufgehängt hat. Den haben sie soweit gebracht, daß er sich das Leben aus Verzweiflung nahm. Der sich neulich erschossen hat, ist auch gestorben und am Dienstag werden wir ihn beerdigen. . . . Hoffentlich bist Du auch noch gesund und munter, was ich auch noch bin, nur sehr müde von dem anstrengenden Dienst, und ich bin froh, daß wir heute Sonntag haben, daß man sich ausruhen kann. . . . Ich

Es ist auch so schlechtes Wetter wie hier? Hier ist es immer am besten von des morgens bis des abends und wie sind immer darin, so daß wir immer durch und durch sind. Wir sind froh, wenn es abend ist, so daß wir uns ausziehen können. Doch am andern Morgen müssen wir es auch wieder anziehen und es muß auch noch rein sein, sonst hat man Nachherzieren. Habe diese Woche auch nachherzieren müssen. Das es nicht richtig reinbekommen. Ich konnte es auch nicht reinbekommen, so dreckig war es. Es war mir auch egal, ich war so müde, daß ich es lieber denen an den Kopf geworfen hätte, als wie mich damit herumärgern. Doch ich werde mich jetzt in Acht nehmen, daß ich nicht mehr nachherzieren brauche, denn dann wird man geschliffen, daß einem der Schweiß so unterläuft.

Karte an den Vater vom 22. März 1914.  
„Teile Euch mit, daß ich hier im Lazarett liege. Meine Krankheit soll Rippenentzündung sein.“

Brief vom 1. November 1913 an den Vater.  
„Um 5 Uhr müssen wir aufstehen, um 7 Uhr gehen wir schon ins Gelände bis 4 Uhr. Wenn wir dann zu Hause sind, müssen wir putzen bis 8 Uhr und für den andern Morgen alles fertig machen. Dann ist es 9 Uhr, wo wir ins Bett müssen. Dann ist man aber auch so müde, daß man kaum die Knochen fühlen kann. Meine Beine sind davon ganz wund und die angeschwollen. Wenn man sich krank meldet, wird man mit dem Bemerkten fortgeschickt: „Du hast ja ja zu faul, mach daß Du raus kommst!“, und zum zweitenmal geht man nicht hin. Aber es macht nichts, ich tue mit, solange ich kann.“

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Militärstat.

Die Spezialdiskussion des Militärstat. war alljährlich eine große Reihe einzelner Fragen auf. So konnte auch entgegen aller Berechnung die Diskussion in dieser Woche nicht zu Ende geführt werden. Eine längere Erörterung rief das Kapitel „Militärjustizverwaltung“ hervor. Genosse Kunert behandelte noch einmal die Frage der Soldatenumhüllungen. Mit großer Entschiedenheit wendete er sich gegen den besonderen Charakter der Militärgerichtsbarkeit und namentlich gegen die barbarische Strafe des strengen Arrestes. Auch über den Militärboykott gab es eine längere und teilweise erregte Auseinandersetzung. Die Genossen Schmidt-Weißer, Keil und Schöpflin brachten eine Reihe empörender Fälle zur Sprache, während die Herren von der Militärverwaltung noch immer nicht die Entschlußfähigkeit angebracht, mit diesem veralteten System höchster Ungerechtigkeit zu brechen.

Eine weniger gereizte Stimmung herrschte während der Debatte über die Benachteiligung der Zivilmusiker durch die Militärmusik. Genosse Zubeil nahm sich in warmen Worten der stark benachteiligten Zivilmusiker an, während der General-Wald von Hohenborn die Militärmusiker in Schutz nahm. Er wurde darin vom Volksparteiler Günsler lebhaft unterstützt. Einen amüsanten Abschluß fand der Tag durch die rührende Beschwerde des Zentrumsabg. Dr. Helzer, daß die Burg Hohenzollern ihrer Beziehung fast ganz beraubt worden sei. Der Redner der Militärverwaltung war aber unbarmherzig genug, dem einsamen Hohenzollern keinen größeren Schutz vor der jähwäbigen Überlegenheit, die sie von allen Seiten umgibt, in Aussicht zu stellen.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

#### Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen zugestimmt. In dem Entwurf wird vorgeschlagen, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches dahin abzuändern, daß die Wirkung von Voraussetzungen über Miet- und Pachtzinsforderungen, die dem Erwerb eines Grundstückes oder den Hypothekengläubigern gegenüber eintritt, auf das laufende Vierteljahr beschränkt wird. Nur wenn der Übergang des Eigentums (oder der sonst maßgebende Zeitpunkt) in den letzten halben Monat eines Kalendervierteljahres fällt, soll es bei dem bisherigen Zustande bleiben, daß die Wirkung der Voraussetzungen, insbesondere etwaiger Vorauszahlungen, sich auf das nächste Vierteljahr erstreckt. Weiter soll nach dem Entwurf bei der Zwangsversteigerung für die Berechnung des laufenden (und gegebenenfalls des folgenden) Kalendervierteljahres, für das die Voraussetzungen wirksam bleibt, nicht mehr der Zuschlag, sondern die Beschlagnahme des Grundstückes maßgebend sein. Ist also die Beschlagnahme nicht erst im letzten halben Monat des dem Zuschlage vorhergehenden Kalendervierteljahres erfolgt, so gebühren fortan dem Erzieher die Mietzinsansprüche vom Tage des Zuschlages an. Das sogenannte Wiederanleben der Voraussetzungen nach dem Zuschlag, wenn ihm eine Zwangsverwaltung vorausgegangen war, wird damit beseitigt.

Die Durchführung dieser Vorarbeiten macht die Aenderung einer Reihe von Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Zwangsversteigerungsgesetzes und der Konkursordnung erforderlich. Uebergangsvorschriften vervollständigen den Entwurf. Da bei der Geschäftsfrage des Reichstages eine Verabschiedung des Entwurfs in diesem Frühjahr nicht mehr möglich ist, soll der Entwurf dem Reichstage erst im Herbst vorgelegt werden.

#### Zehn Jahre Reichsverband.

Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ konnte in diesen Tagen auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß gab er für seine Gönner eine Zeitschrift heraus, in der er über seine Erfolge und seine noch bevorstehenden Aufgaben berichtet. Mit den Erfolgen ist es bekanntlich nicht weit her. Die Sozialdemokratie, die dieser Verband vernichten wollte, ist mächtig gestiegen und just kurz vor dem zehnjährigen Geburtstag verlor der Führer des Reichsverbandes, Ge-

neral v. Liebert, sogar sein Reichstagsmandat an die Sozialdemokratie. In Wirklichkeit ist der Reichsverband, nachdem er genügend Verwirrung in die Reihen der bürgerlichen Parteien getragen hat, heute nur noch eine Wahlorganisation der freikonservativen Partei. Die Erfolge des Reichsverbandes stehen sicher in keinem Verhältnis zu den ungeheuren Geldopfern, die seine Gönner bringen müssen.

Der Konflikt an der Berliner Handelshochschule dürfte als beigelegt zu betrachten sein. Die Lehrfreiheit ist gesichert worden und die Lehrer im Hauptamt werden lebenslanglich angestellt. Bei Neuansetzungen von Lehrern wird das Lehrerkollegium gehört, wie dies an Universitäten üblich ist. Da Prof. Jastrow unter keinen Umständen zur Handelshochschule zurückkehren will, so erübrigte sich ein besonderes Eintreten der Lehrerschaft für ihn. Das Lehrerkollegium ersucht die Studierenden, am Montag die Vorlesungen und Übungen wieder zu besuchen. In diesem Sinne hat auch Prof. Jastrow gewirkt.

#### Im preussischen Abgeordnetenhaus

gestrichelt am Sonnabend wieder einmal die Wortabschneiderei. Obwohl die Mehrheitsparteien ursprünglich sich dahin verständigt hatten, in der Generaldebatte zum Elementar-Unterrichtswesen zwei Redner jeder Fraktion zu Worte kommen zu lassen, machten sie doch, nachdem von den Rednern der zweiten Garnitur nur ein Konservativer und ein Zentrumsmann gesprochen hatten, der Debatte ein Ende und schnitten so nicht nur den Sozialdemokraten und Fortschrittler, sondern auch den Nationalliberalen das Wort ab. Zeit wurde dadurch freilich nicht gespart, denn die Geschäftsordnungsdebatte, die sich an diesen unerhörten Vorfall anknüpfte, dauerte beinahe ebenso lange, als wenn von jeder Fraktion noch ein Redner sich geäußert hätte. Selbstverständlich nahmen die Konservativen die Geschäftsordnungsdebatte zum Anlaß von Vorwürfen gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer angeblich langen und überflüssigen Reden. In Wirklichkeit haben die Sozialdemokraten nur das allernotwendigste vorgebracht und sich eine große Beschränkung auferlegt. Es wird den Konservativen nicht gelingen, nachzuweisen, daß auch nur ein einziges Mal ein Sozialdemokrat sich so über Dinge, die nicht zur Sache gehören, verbreitet hat, wie am Sonnabend ihr Redner, der Abg. Dittfurth, der selbst erklärte, daß alles das, was er sagte, auch bei anderer Gelegenheit hätte gesagt werden können.

Das Haus wandte sich dann zur Beratung von Anträgen, die sich auf die Schulinspektion beziehen. Ein fortschrittlicher Antrag verlangt die Aufhebung der geistlichen Ortschulinspektion und die Ersetzung der nebkantonalen Kreis-Schulinspektion durch die hauptamtliche, und zwar sollen hierfür besonders Lehrer berufen werden. Nehulich ist ein freikonservativer Antrag gehalten, während ein Zentrumsantrag um Anordnungen ersucht, die auf eine Förderung der geistlichen Schulaufsicht hinauslaufen. In der Debatte kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Genossen Liebknecht und dem Vizepräsidenten Dr. v. Krause, der nicht einsehen wollte, daß ein geradezu haarsträubender Fall von Mißbrauch der Schuljugend zu politischen Zwecken zum Thema gehörte, obwohl Liebknecht klipp und klar nachwies, daß die Schulaufsichtsbehörde ihre Hand hierbei im Spiel gehabt hat. Trotz zweimaliger Ermahnung zur Sache konnte Liebknecht seine Rede beenden. Bemerkenswert ist noch, daß er sich energisch gegen einige überhebende Bemerkungen des Präsidenten verwahren mußte. Die Anträge wurden schließlich der Unterrichtskommission überwiesen.

#### Die Denkschrift über die Duala-Regen.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Sonnabend in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien mit der Angelegenheit der Duala-Regen. Bekanntlich hat die Budgetkommission beschlossen, die Bewilligung der entsprechenden Positionen des Kameruner Etats solange auszusparen, bis die Älten in der Entschuldigungsfrage der Duala-Regen vorgelegt seien. Die Denkschrift liegt seit einigen Tagen dem Reichstage vor. Zu der Denkschrift ist noch ein Telegramm aus Kamerun gekommen, nach dem der Oberhauptling der Duala, Rudolf Bell, beabsichtigte, einen Aufstand der Regen zu organisieren. Von sozialdemokratischer Seite, wie von den Abgg. Gothein, Raumann und dem Zentrumsabgeordneten Rechenberg wurde scharfe Kritik an dieser nichtsjägernden Denkschrift geübt. Unsere Genossen Wels, Koske Davidsohn und Ledebour zeigten u. a., daß die Regierung alle diejenigen Dokumente, die ihr unbenutzt sind, nicht vorgelegt hat, daß sie die Eingeborenen Kameruns mit deren eigenem Lande „entschädigt“, daß die Kolonialverwaltung den Eingeborenen Gewinne und Vorteile mißgönnt, die sie gerade durch die Enteignung und die „Sanierung“ den Europäern zuführen will; daß wir in Preußen längst unsere Agrarier los wären, wenn die Regierung hier nach den Kameruner Grundsätzen verführe; daß sie schnell bei der Hand ist, Leute, die ihr unbenutzt sind, alle möglichen Schandbarkeiten nachzusagen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde von unseren Genossen auch das Telegramm von der Aufstands-Gefahr viel kühleren Blutes gewürdigt, als von den bürgerlichen Abgeordneten — mit dem Erfolge, daß nun auch der Herr Staatssekretär sich dazu aufraffte, die Lage als „nicht so schlimm“ darzustellen. Er konnte sich diesen Luxus leisten, denn der Coup hatte ja die beabsichtigte Wirkung erzielt. Vom Kolonial-Blod Brabant-Eraberger-Reinath-Dertel war nämlich in der Zwischenzeit folgende Resolution eingebracht worden:

Der Reichstag stimmt der Vorlage zu mit der Maßgabe, daß

1. nicht nur für das zu enteignende Land, sondern auch für alle anderen den Enteigneten durch die Enteignung entstehenden Schäden;
2. das durch die Enteignung vom Fiskus erworbene Land nur unter Bedingungen weiter veräußert wird, die dem Fiskus den angemessenen Anteil an künftiger Wertsteigerung des Grund und Bodens sichern;

gegen die von Regierung und Reichstag eudgliche, die beschlossene Enteignung entgegengetreten wird, sobald diese Agitation Formen annimmt, durch welche die politische Ruhe gefährdet wird.

Zunächst wurde ein Unter-Antrag Raumann angenommen, in Ziffer 1 Entschädigung nur für die wirtschaftlichen Schäden zuzulassen. Alsdann fand ein Antrag Rechenberg Annahme, den Zusatz einzufügen, daß für Eingeborene, die durch die Sanierung weit von Kamerunflüsse entfernt werden, ein unmittelbarer Zugang zum Wasser geschaffen wird. Sowohl diese Anträge wie die Ziffern 1 und 2 der Resolution wurden einstimmig, die Ziffer 3 und ebenso die Gesamt-Resolution gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. So war also die Enteignung und „Sanierung“ in drei Stunden erledigt. Zu einer Debatte über die sonstigen, zum Teil ganz ungeheuerlichen Vorgänge in Duala waren die bürgerlichen Parteien nicht mehr bereit! Mit dem üblichen Dank konnte Herr Spahn die Arbeiten der Kommission für erledigt erklären. Im Plenum wird der getretete Kamerun-Clat noch Anlaß zu hoffentlich gründlicheren Debatten geben.

### Frankreich.

Glänzender sozialistischer Wahlerfolg. Bei den gestern stattgefundenen Stichwahlen zur Deputiertenkammer haben die Sozialisten weitere glänzende Erfolge erzielt. Bis 12 Uhr nachts sind im ganzen 95 Sozialisten gewählt, gegen 69, die die Partei in der vorigen Session hatte. In Paris und im Seinedepartement verlor die Partei drei Sitze, unter ihnen befindet sich Genosse Monanet, dagegen gewinnt sie im Seinedepartement neun Sitze. Unter den gewählten neuen Genossen befindet sich Jean Longuet, ein Enkel von Karl Marx. Ferner ist bemerkenswert, daß einer der neugewählten Genossen den früheren Polizeipräfekten von Paris, Lepine, mit einer Mehrheit von 1000 Stimmen geschlagen hat.

### Rußland.

Der russische Getreidezoll angenommen. Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, hat der Reichstag gleich der Duma die Gesetzesvorlage zur Verzollung von Getreide, Erbsen und Bohnen angenommen. Der Zollsatz beträgt 4 Mk. pro 100 Kilo. Der Vertreter des Handelsministeriums stellte in Aussicht, daß noch eine Erhöhung des Zolls auf Mehl in Frage kommen könne. Der Beschluß richtet sich bekanntlich gegen Deutschland, dessen Einfuhr sich in letztem und hohe Getreidepreise von der russischen Landwirtschaft höchst unangenehm empfunden werden. Es sollte für die deutsche Regierung ein Anlaß sein, auf das Einfuhrschemsystem zu verzichten oder wenigstens wieder den Identitätsnachweis einzuführen. Dann könnte ein den Kontinenten und dem gesamten Wirtschaftsleben beider Länder höchst schädlicher Zollkrieg (dessen Einteilung der russische Beschluß andernfalls bedeuten würde) vermieden werden. Die deutschen Agrarier müssen es sich jedenfalls mit Recht lassen, daß sie den handgreiflichen Anlaß für diesen Zollkrieg gegeben haben.

### Spanien.

Stürmische Szenen in der Kammer. Als in der Kammer der Minister für Eisenbahnen und öffentliche Arbeiten, Ugarte, der zur Zeit der Beurteilung Ferrers Generalstaatsanwalt war, eine Erklärung abgab, nannte ihn der Republikaner Serriano den Mörder Ferrers. Es entstand ein ungeheurer Lärm. Von der Mehrheit wurde Serriano das Wort Kanaille zugeworfen, worauf der Republikaner Castrovi, zur Mehrheit gewandt, ausrief: Sie sind Kanailles und Mörder und besonders ist das dieser Mann, indem er auf den Minister der öffentlichen Arbeiten zeigte. Die Ruhe wurde schließlich wiederhergestellt, und der Minister nahm seine Erklärungen wieder auf.

### Amerika.

Der mexikanische Konflikt. Präsident Huerta erließ ein Dekret folgenden Inhalts: Jeder Handelsverkehr mit der Union hört auf. Kein Schiff, das unter der Unionsflagge fährt oder amerikanischer Herkunft ist, darf in mexikanische Häfen einlaufen. Die aus den Vereinigten Staaten von Amerika kommenden Waren werden dem Gericht übergeben.

Nach einer vom 8. Mai datierten Meldung des auf der Höhe von Mazatlan liegenden Panzerkreuzers „California“ sind auf Befehl Huertas die Leuchtfeuer an der Westküste von Mexiko gelöscht worden, die daher in der letzten Nacht in Dunkel gehüllt war.

Nach den Berichten, die aus den Hauptquartieren der Rebellen in Washington eingetroffen sind, hat Carranza befohlen, die Unternehmungen gegen Tampico und Mazatlan zu einem raschen Abschluß zu bringen. Verstärkungen rücken auf beide Plätze vor. Carranza ist in Torreon eingetroffen und hat Torreon zu seiner vorläufigen Hauptstadt gemacht. Villa empfing ihn auf dem Bahnhof.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 11. Mai.

Gegen die Aufhebung der hiesigen Seemaschinenschule hat sich eine Kommission der Bürgerchaft ausgesprochen, die den Senatsantrag, der solche forderte, zu beseitigen hatte. In dem jetzt von der Kommission erstatteten Bericht wird erklärt, daß das Bedürfnis für eine Seemaschinenschule in Lübeck zu bestehen sei. Sowohl eine breite Bevölkerungsschicht Lübecks als auch Lübecks Schiffsahrtkreise hätten ein Interesse an ihrem Fortbestehen, und man könne nicht außer acht lassen, daß Lübeck als einer der wenigen Schiffsahrt treibenden Bundesstaaten eine gewisse Verpflichtung habe, Seemaschinen auszubilden. Lübeck sei nach Statistik der größte Dampfschiffbau mit dem größten Schiffsverkehr, und bei dieser Bedeutung Lübecks als Handels- und Seestadt müsse man wünschen, daß der Staat gerade



**Verkauf lebender Butt**  
vom Boot aus (3762)  
am Dienstag, dem 12. Mai  
vormittags von 8 Uhr ab an der  
**Dankwartsbrücke,  
Holstenbrücke  
und  
Eufiner Brücke.**

Suche für m. Nichte, welche Eltern  
konfirmiert, Tagesstellung eventl. bei  
Kindern oder sonst. leichte Beschäft.  
8772) Dankwartsbrücke 70/4.

Sturich-Niesen-Wohnen, Pfund  
60 Wfg. zu verkaufen.  
8778) Heinrichstraße 26.

**Kräfte. Arbeitsrad**  
preiswert zu verkaufen.  
8771) Ludwigsstraße 34. II.

Ein grauer Kanarienvogel ent-  
flogen. Bitte abzugeben gegen Be-  
lohnung.  
8770) Weichholstraße 58. III.



**Vereinigte  
Butterhändler**  
von Lübeck  
und Umgeg.

**Allerfeinste Meiereibutter**

koslet Pfd. **1.30** Mk. (3769)

8774) **Empfehle:**

**Pr. gefalz. Kopf u. Bein**  
per Pfund **20** Wfg.

**H. Schmalfeld**  
Schlachtereil

Meierstraße 26. Fernstr. 2152.

**Kopf und Bein** per Pfd. **15** 3/4  
Kochrippen per Pfd. von **20** 1/2 an  
Gisbein, frische . . . per Pfd. **45** 1/2  
Dicke Flomen . . . per Pfd. **60** 1/2  
f. Schmalz b. 160. v. 2 Pfd. **60** 1/2  
Schweinefleisch, Bratenstücke **65** 1/2  
Dicke Rippen . . . per Pfd. **65** 1/2

**Karl Lahrz,** Süttcherstraße  
14-16.

vom. M. Lahrz. (3778)

Seine Uhren-  
Reparatur-Werkstatt,  
Goldwaren-  
Reparatur-Werkstatt  
empfeilt (3777)

Wohl Westfaling.  
Holsten-  
straße 32

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

**Unterhaltend**

Billigen und guten  
Lesestoff für jede Fa-  
mille bietet der Kos-  
mos. Für den geringen  
Jahres-Beitrag von  
**nur M4.80**

werden kostenlos ge-  
liefert:

**12 Monatshefte  
5 gute Bücher**  
erster Fachmänner. Im  
Jahre 1914: Bölsche,  
Tierwanderungen in  
d. Urwelt; Floericke,  
Meeresfische; Lip-  
schütz, Warum wir  
sterben; Kahn, Die  
Milchstrasse; Nagel,  
Die Romantik der  
Chemie



**KOSMOS**

**Belehrend**

Über 1000 Seiten Text  
mit viel. Abbildungen.  
Nur die grosse Zahl  
der Mitglieder — Ende  
des Jahres 1913 weit

über  
**100 000**

ermöglicht diese bei-  
spiellosen Leistungen.  
Treten Sie sofort bei  
oder verlangen Sie  
Prospekt bzw. Probe-  
heft bei Ihrer Buch-  
handlung oder der  
Geschäftsstelle des  
Kosmos / Stuttgart  
Pflzerstrasse 5

**Goethes Werke**

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

**Freie Jugend Lübecks.**

An den beiden Pfingsttagen

findet  
**eine Wanderfahrt**  
aller Dittichte  
nach dem **Südmaree** statt.

Prospekte mit genauer Tour- und  
Preisangabe sind von Mittwoch,  
dem 13. Mai, an im Parteisekretariat  
und im Jugendheim, Wabmstr. 58, I,  
zu fordern.  
8775) Der Jugendauschuss.

**Gewerkschafts-Kartell**  
Schwartau-Rensefeld.

Den Gewerkschaften und Vereinen  
von Lübeck und Umgegend hiermit  
zur Kenntnis, daß unser diesjähriges  
**Gewerkschaftsfest**  
am Sonntag, dem 5. Juli  
stattfindet.  
8773) Der Vorstand.

Wir empfehlen unser aus feinstem Malz und Hopfen gebranntes  
**Phönix-Bräu-Hell**

zu bekannten Preisen in Gebinden und Flaschen.  
Durch Erweiterung unserer Kellereien sind wir in der Lage, unserm  
Phönix-Bräu-Hell für die Folge ein längeres Lager als bisher ange-  
deihen zu lassen. (3720)  
Unser Phönix-Bräu-Hell ist fast in allen einschlägigen Geschäften zu  
haben. Bestellungen wolle man richten an die Bierfahrer oder direkt an  
die Brauerei. Hochachtungsvoll

**Phönix-Brauerei, vormals Paul Flemming**  
Telephon 8831. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Für  
**Naturfreunde**

**Sonntage eines Großstädtlers**  
in der Natur

Von Kurt Groffewitz

Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche  
sowie einem Porträt des Verfassers  
**Vierte Auflage**

Ein treuer Begleiter bei den sonntäglichen  
Wanderungen :: Von der Presse lobend besprochen  
Preis gut gebunden 1 Mar.

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46

**Schulschreibhefte**

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die  
**Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

**Deutscher Holzarbeiterverband**

Zahlstelle Lübeck.

**Ausserordentliche  
Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, dem 12. Mai 1914  
abends 8 1/4 Uhr  
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Tagesordnung:  
**Anstellung eines Lokalbeamten.**  
Die Mitglieder werden gebeten, sämtlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

Ad. Hübner, Uhrmacher  
Künshausen 13. (3548)  
Reparaturen prompt u. preiswert.

**Sektions - Versammlung**

der  
**Hausdiener, Fensterputzer,  
Austräger**

und **Austrägerinnen**  
am Dienstag, dem 12. Mai  
abends 8 1/4 Uhr

im „**Gewerkschaftshaus**“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Die Entwicklung unserer Organisa-  
tion.  
2. Innere Verbandsangelegenheiten.  
8766) **Der Vorstand.**

Da die Tagesordnung wichtig, so  
ist das Erscheinen aller Kollegen  
und Kolleginnen erforderlich. D. D.

**Achtung!**

**Steinsetzer u. Berufsgen.**

**Versammlung**

am Dienstag, dem 12. Mai  
abends 8 1/4 Uhr

im „**Gewerkschaftshaus**“  
Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. a.: Unser Ausstieg.  
Ausgabe der neuen Lohnkarte.  
Zahlreichem Erscheinen sieht ent-  
gegen (3765) **Der Vorstand.**

**Konsumverein**

für Lübeck und Umgegend  
c. G. m. b. H.

**Bezirks-Versammlung**

für die Mitglieder des  
**Holstentors-Nord**  
am Donnerstag, d. 14. Mai

abends 8 1/4 Uhr  
in **Friedrichshof.**

Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht und Bericht des  
Genossenschaftsrats.  
2. Genossenschaftliches.  
Um zahlreichen Besuch der Mit-  
glieder und deren Frauen bittet  
8776) **Der Vorstand.**

**Verband der Schneider,  
Schneiderinnen und Wäsche-  
arbeiter Deutschlands.**  
Filiale Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, dem 12. Mai

abends 8 1/4 Uhr

im „**Gewerkschaftshaus**“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zur Einführung  
der Arbeitslosen-Unterstützung.  
2. Stellung von Anträgen zur Bau-  
konferenz.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
8764) **Die Ortsverwaltung.**

**Neues Stadttheater**

Montag, den 11. Mai 1914:

Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

Im wunderschönen Monat Mai

Lustspiel in 4 Akten  
von Spanuth-Bodenstedt.  
Wittelpreise. (3768)

Dienstag, den 12. Mai 1914:

Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

Abendvorstellung für  
**Willy Kollwitz.**

Gastspiel von **Tilly Jansen:**

**Tiefland.**

Oper von Eugen d'Albert.  
Große Preise.

Mittwoch, den 13. Mai 1914:

Anf. 8 1/4 Uhr. Ende gegen 10 1/4 Uhr.  
Zum letzten Male:  
**Orpheus in der Unterwelt**  
Operette von F. Offenbach.  
Große Preise.



**Die Welt in Waffen!**

Kriege und Kriegsgeschichte der Neuzeit von Hugo Scholz  
Mit den besten zeitgenössischen Bildern. 60 Hefte  
à 20 Pfennig. Jedes Heft ist reich illustriert.

Der Verfasser behandelt in seinem Werke die  
Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts von dem Be-  
ginn des polnischen Aufstandes und seiner helden-  
mütigen Volkskämpfe, die die Polen aus der töd-  
bringenden Umarmung des russischen Knutenhums  
befreien sollten, bis zu den jüngsten Ereignissen  
im Balkan, bei denen zum Entsetzen aller  
Menschentumskunde die Kriegstürme in all ihrer  
Schrecklichkeit: Frauenschändung, Ermordung  
von Greisen und Kindern, seine Wiederauf-  
erstehung feierte. Das Werk sollte von jedem nach  
Aufklärung strebenden Volksgenossen gelesen  
werden.

**F. Meyer u. Co., Lübeck**  
= Johannesstraße =

## Die Selbsterdrosselung der vierten Duma.

Von Petersburg wird uns unter dem 6. d. M. geschrieben:

Stürmische Tage liegen jetzt hinter uns, Tage, die in der Geschichte der russischen Verfassungskämpfe unergleichlich sein werden. Als Antwort auf die Anklage gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Dumafraktion, Gen. Tschelise, hatten sämtliche Gruppen der Opposition beschlossen, einen gemeinsamen Antrag in der Duma einzubringen, wonach die Statdebatten nicht eher begonnen werden sollten, bis der Initiativantrag betreffend die Redefreiheit der Abgeordneten Gesetzeskraft erhalten hatte. Dieser Antrag wurde am Montag dem 4. auf die Tagesordnung der Duma gestellt, aber mit 164 Stimmen gegen 82 bei 18 Stimmenthaltungen abgelehnt. In der Mehrheit stimmten die Rechte, die Nationalisten und die Oktobristen, die übliche Schutztruppe der Regierung, aber auch ein Teil der Progressisten, das polnische Kolo und die Kadetten Maklawow, Nowikow und Tschelnokow leisteten den staatsrechtlich-lichen Vätern der Regierung Vorschub, indem sie sich feige der Stimme enthielten. Diese Abstimmung war für die weitere Taktik der äußersten Linken ausschlaggebend. Sie zeigte im Widerspruch zu den pathetischen Erklärungen der liberalen und linksoktobristischen Abgeordneten, daß die bürgerliche Mehrheit nicht gewillt war, ihr Subjekt für die Verteidigung der Immunität der Duma auszunutzen. Der Sinn dieser Abstimmung war: Möge die Regierung mit den Vertretern der äußersten Linken tun, was ihr behagt, wir, die bürgerliche Mehrheit, wollen in die Budgetberatung eintreten, in der Hoffnung, daß die Regierung uns auch fernerhin Redefreiheit gewähren wird! Die äußerste Linke — die beiden sozialdemokratischen Fraktionen und die agrarsozialistische „Arbeitsgruppe“ — zog aus dieser Situation die einzig möglichen Konsequenzen. Genosse Tschelise brachte in der Sitzung vom 5. nochmals einen Antrag ein, die auf die Tagesordnung gestellte Beratung des Etats abzusehen und statt dessen den Initiativantrag über die Redefreiheit der Abgeordneten zu erörtern. Auch dieser Antrag wurde mit 140 Stimmen gegen 76 abgelehnt und das „hohe Haus“ trat, nachdem es zweimal seinen politischen Selbstmord befestigt hatte, in die Generaldebatte über den Etat ein. Wollte die äußerste Linke nun noch den letzten Schritten der Ehre des Parlaments retten, so mußte sie zu den äußersten Mitteln des parlamentarischen Kampfes greifen, um nicht mißschuldig zu werden an der Schandung, die die herrschende Mehrheit an der Idee der Volksvertretung verübte. Raum ergriß denn auch der Ministerpräsident Goremykin, den schon einmal, in der ersten Duma, die Entrüstung der Volksvertreter aus dem Parlament getrieben hatte, das Wort, so setzte die Obstruktion der äußersten Linken ein, die dem Vertreter der Regierung für einige Zeit das Wort entzog.

Die Vorgänge, die sich nun in der Duma abspielten, sind so bedeutungsvoll, daß wir die Einzelheiten dieser historischen Sitzung wenigstens in großen Zügen wiedergeben wollen. Die allgemeine Stimmung in der Duma war die, daß die letzten Ueberreste des russischen Konstitutionalismus zu Grabe getragen wurden. Die Unwesenheit des gesamten Ministerkabinetts und die vollbesetzten Tribünen unterstreichten noch diese Tatsache. Es war ein Begräbnis „ersten Ranges“, das der Immunität und Redefreiheit der Duma bereitet wurde. In jedem

Wettstreit mit den Erzedenten und Hooligans von der äußersten Rechten halfen die sich noch kürzlich so oppositionell gebärenden Oktobristen die Unantastbarkeit der Duma zu vernichten. Würdevoll und gemessen — schwiegen die Kadetten, als man ihre Nachbarn von links aus dem Saale schleifte, und mit der edlen Selbstverleugnung, die nur den liberalen Vertretern der honesten Gesellschaft zu eigen ist, stimmten die Progressisten für den Ausschluß derselben Abgeordneten von der äußersten Linken, mit denen sie noch am vorhergehenden Tage eine gemeinsame Deklaration über die Notwendigkeit des Kampfes für die Immunität in der Duma eingebracht hatten.

Als die Obstruktion einsetzte, wich derjenige Kreis auf der Rednertribüne, der als Schilbhalter der Reaktion vor der Duma erschienen war, bleich und zitternd zurück. „Entschuldigen Sie, Gueer Exzellenz!“, wandte sich bedientenmäßig der Vorsitzende Kodsjanow an den Ministerpräsidenten, um sofort zu erklären, er schlage vor, die Teilnehmer der Obstruktion für die höchst zulässige Zahl von 15 Sitzungen aus der Duma auszuschließen. Es erschienen einer nach dem andern die Sozialdemokraten Stobelew, Chaustow, Tulsjakow, Muranow, Malinowsky und das Mitglied der Arbeitergruppe Sushanow auf der Rednertribüne, um nach kurzen, von bebender Entrüstung erfüllten Erklärungen, die von der Mehrheit hohnlächelnd aufgenommen werden, für 15 Sitzungen ausgeschlossen zu werden. Besonders dramatisch gestaltete sich der Ausschluß des Genossen Tschelise. „Kann man denn überhaupt — ruft er aus — mit Euch über Redefreiheit sprechen, die Ihr keine Ahnung habt von dem Wesen dieser Freiheit? Ihr seid Sklaven und wollt Sklaven bleiben! Aber Ihr seid nicht die letzte Instanz! Diese Instanz liegt außerhalb der Duma, dort wird man Euer Vorgehen richtig einschätzen, dort werdet Ihr die Verantwortung tragen!“ Der Präsident entzieht dem Genossen Tschelise das Wort, der nun gleichfalls ausgeschlossen wird. Tschelise weigert sich, den Saal zu verlassen. „Sie werden mich mit Gewalt entfernen müssen — erklärte er — ich gehe selbst nicht hinaus!“ Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, aber auch nach der Wiedereröffnung der Sitzung verläßt Genosse Tschelise den Saal nicht. Darauf erklärt der Vorsitzende, er werde den Abgeordneten durch die Parlamentswache hinausführen lassen. Zum erstenmal seit dem Bestehen der Duma erscheint die Wache, 14 Soldaten, geführt von dem Chef der Wache, Baron Berjen. Wie Hammer schläge bei der Schließung eines Sarges hallen die Schritte der Wache in der Totenstille der Duma wieder. Die Wache umringt den Genossen Tschelise, der mit den Worten: „Ich weiche der Gewalt, Ihr Sklaven!“ den Saal verläßt.

Ebenso wird nach dem Ausschluß des Mitgliedes der „Arbeitsgruppe“ Gelovani sein Fraktionskollege Krensch von der Wache aus dem Saale geführt. Genosse Petrowsky erscheint auf der Rednertribüne, um gegen seinen Ausschluß zu protestieren. „Wir müssen — erklärt er — dem Lande sagen, wie die hier sitzenden Tyrannen mit uns verfahren!“ — „Heraus mit ihm!“ brüllt die Regierungsmehrheit, und auch Petrowsky wird von der Wache aus dem Saale geschleift.

Der Vorsitzende versucht nun nochmals, dem Ministerpräsidenten das Wort zu erteilen. Aber kaum hat dieser den Mund geöffnet, als die Obstruktion auf der äußersten Linken wieder einsetzt. „Entschuldigen Sie, Gueer Exzellenz!“ kaskadiert wieder der Dumapräsident vor dem Minister. Das Mitglied der Arbeitergruppe

Dubinsky erscheint am Rednerpult. „Auf dem Hintergrund der allgemeinen Willkür und Rechtlosigkeit im Lande hat die Regierung nun auch die Hände nach dieser hohen Tribüne ausgestreckt und will den Volksvertretern den Mund verschließen, deren Hauptstärke in der freien Meinungsäußerung liegt. Der Mehrheit hat es gefallen, den Antrag der Opposition abzulehnen, und uns bleibt nur übrig, an das Land zu appellieren und nicht nur dem russischen Volke, sondern auch der ganzen Welt die Gewalttat kundzutun, die hier gegen das freie Wort der Abgeordneten verübt wird!“

Nach dem Ausschluß Dubinsky's erscheint Genosse Tschelise auf der Rednertribüne: „Ich möchte unterstreichen — erklärte er — daß heute hier ein Mann sprechen wollte, der an der Spitze der Regierung stand, als die erste Reichsduma hier tagte. Dieser Mann hat damals der Idee der Volksvertretung einen tödlichen Schlag verleiht. Heute, wo Ihr Herren der Lage seid, ist dieser selbe Würdenträger, jetzt wieder an der Spitze der Regierung, abermals auf dieser Tribüne erschienen, um den letzten Ueberresten der Freiheit, der Redefreiheit in der Duma, den Todesstoß zu versetzen. Dieser Würdenträger hat heute versucht, eine gemeinsame Sprache mit der Duma zu finden. Wir hielten es für ein Verbrechen, diesen Versuch ohne Protest vorüber gehen zu lassen. Vor Euch stand die Frage, ob Ihr Euch mit dem Ministerpräsidenten solidarisch erklärt oder nicht. Ihr habt es vorgezogen, Euch mit ihm zu solidarisieren. Wir gratulieren Euch zu Eurem Beschluß und unterstreichen diese Tatsache vor dem Volke. Ich glaube, es wird diese Solidarität gebührend zu würdigen verstehen!“

Nachdem noch die letzten Sozialdemokraten und Arbeitergruppen — Schagow, Kshlew, Manjkow, Januschewitsch, Jagello, Staritschanow, Keinis und Werschinin — in verkürztem Verfahren ausgeschlossen und aus dem Saale entfernt wurden, ergreift endlich der Ministerpräsident Goremykin das Wort, um — ungewollt — der Duma den letzten Badenstreich zu versetzen. Er erklärt, er freue sich außerordentlich, die gemeinsame freundschaftliche Arbeit mit der Duma aufzunehmen — mit dieser Duma, die soeben mit eigenen Händen ihre Ehre gemühdelt. Und mit freundlichem Lächeln fordert der alte Bureaucrat die gierig lauschenden Abgeordneten auf, ihn in seinem Heim zu besuchen — von der richtigen Ermüdung geleitet, daß der eigentliche Platz dieser Sorte von „Gesetzgebern“ nicht das Parlament, sondern das Vorzimmer des Ministers ist. Deutlicher konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die vierte Duma sich jetzt selbst in ein wertloses Anhängel des selbstherrlichen bürokratischen Apparats verwandelt hat.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 9. Mai 1914.

153. Sitzung. Vormittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhayn.

### Militäretats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Militärjustizverwaltung“.  
Kunert (SD.): Die geistige Behauptung des Generals v. Langermann, daß die Soldatenmißhandlungen abgenommen haben, trifft nicht zu. Abgenommen haben nur die zur Aburteilung kommenden Fälle. Der Kern des Übels ist, daß eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert, die nach ganz anderen Gesetzen, nach ganz anderen Maßstäben urteilt, als die Zivilgerichte. Deshalb bleibt auch der Kampf

## Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruße.

(Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

XII.

Anfang Dezember stand vor einem eleganten Hause in der Karanamenstraße in St. Petersburg ein Möbelwagen, und Gepäckträger trugen die kostbaren Möbel in die geräumige letzte Etage jenes Hauses hinauf. Zweifelsohne mußten die neuen Mieter bemittelte Leute sein.

Die Herrschaften selbst wohnten noch im Hotel und hatten sich nur zweimal dort blicken lassen, um Anordnungen zu treffen, und außer dem Portier des Hauses hatte niemand sie gesehen. Die übrigen Bewohner des Hauses waren auf ihre neuen Nachbarn sehr neugierig; denn sie hatten bereits viel Sonderbares über dieselben gehört. Mit Ungeduld erwarteten sie ihre Ankunft, um dann zu sehen, wie viel Wahres an all diesen Gerüchten war. Man erzählte, daß der Herr sehr schön und erst vor acht Tagen aus dem Auslande zurückgekehrt wäre; außerdem sollte er fürchtbar reich und ein großer Bildhauer sein. Auch hatte man bereits in Erfahrung gebracht, daß dieser gottbegnadete Künstler eine große Statue, welche er selbst gearbeitet, mitgebracht habe, um dieselbe in St. Petersburg in der Akademie der Künste auszustellen. Und dieser reiche Herr war, wie man hörte, gleichzeitig ein einfacher Bauer, ein Leibeigener. Einem Autor würde diese Tatsache genügen, aber hier im Hause setzte man noch viel mehr hinzu. Man wollte nämlich wissen, daß die Frau dieses „Herrn Bauern“ eine Gräfin oder eine Fürstin und keine frühere Herrin war.

Einer von den Bewohnern dieses Hauses, ein hochgestellter Beamter und ein sehr ernster Mann, hörte diesen Klatsch mit an, spitz verächtlich aus und rief: „Die Lüge und der Klatsch sind endlos.“

Als jedoch nach einer Woche die neuen Mieter in das Haus einzogen, erfuhren gar bald alle, daß man die Wahrheit gesprochen habe, und der erzürnte Beamte meinte: „Man hat in der Tat keine Ahnung davon, was auf Erden alles passieren kann.“

Die neuen Hausbewohner waren Leute ohne einen gewissen Stand, weder Bürger noch Kaufleute. Sie hießen einfach Milowanow und brachten ein drei Wochen altes Kind mit sich. Dieses Kindchen umgaben zwei Wärterinnen, eine Deutsche, welche man in Dresden angenommen hatte, und

eine Russin. Außerdem hatten die Herrschaften noch vier Diensthöten.

Bald wurde es bekannt, daß Frau Milowanow eine Fürstin Beresopolska, und ihr Gatte ihr früherer Leibeigener war, ferner daß sie mehrere Ritten mit kostbaren Statuen mit sich führten, die teils gekauft, teils selbst gearbeitet waren; die größte dieser Statuen stellte einen fliegenden Engel dar.

Milowanows lehten sehr still und bescheiden. Gäste nahmen sie nicht an mit Ausnahme einiger Mitglieder des Künstlervereins und zwei hoher Senatsbeamten. Eine Familie, welche aus Neugierde ihre Bekanntschaft machen wollte, wurde abgewiesen. Sie hatten keineswegs die Absicht, lange oder dauernd hier zu bleiben, sondern Praskowia Andrejewna wünschte ihren Gatten nur zu überzeugen, daß er ein großer Künstler sei. Allein dieser wollte nicht daran glauben, obwohl ihm von allen Seiten das größte Lob gependet wurde; er behauptete immer, das heilige Feuer, welches den Künstler befehle, bedürfe auch treuer Diener, und er fühle, daß ihm seine Hände nicht so gehorchten, wie er es wünsche. Er sah nicht ein, daß er selbst an sich zu große Ansprüche stellte, und noch vor einem halben Jahre wäre er glücklich gewesen, wenn er auch nur den hundertsten Teil von demjenigen verstanden hätte, was er heute wußte. Doch auch in Pauline stiegen manchmal Zweifel auf; sie fürchtete, daß die übergroße Liebe zu ihrem Manne sie blind mache. Den Lobsprüchen der römischen Künstler schenkte sie wenig Glauben, und sie hatte auch Ursache dazu. Einige, die vielleicht aus Freundschaft lobten, konnten sich irren, andere wieder hatten ihnen möglicherweise geschmeichelt, nur um an ihren Dinern und Soupers teilnehmen zu können. Wer vermochte hier zu entscheiden? Es gab nur einen Ausweg — man mußte sein hervorragendes Werk nach St. Petersburg bringen, um daselbst in der Kunstakademie auszustellen, wo ein gewissenhaftes und unparteiisches Richterkolleg zu entscheiden hatte, ob Milowanow wirklich ein so gottbegnadeter Künstler sei, wie man es ihm in Rom gesagt hatte. Aus diesem Grunde setzte sie sich sofort nach ihrer Ankunft in St. Petersburg mit dem Vorstände der Kunstakademie in Verbindung.

Außerdem hatte Pauline noch eine andere Sorge, welche sie Tag und Nacht beschäftigte. Nach dem Verkaufe von Beresopole erwartete sie eine große Summe Geldes, sowie ein Dokument, welches ihr noch weit wichtiger war, als alles Geld — den Freiheitsbrief für ihren Gatten. Die ersten zehntausend Rubel wurden ihr auch sofort nach Rom geschickt, die zweite Summe erhielt sie im Winter, aber die dritte Sendung blieb aus, und von dem Freiheitsbriefe war gar keine Rede mehr. Pauline hatte in dieser Angelegenheit mehrmals an ihren Vetter geschrieben. Anfangs versprach er ihr, das Do-

kument sofort zu schicken, doch nach einem Monat teilte er ihr mit, daß sich eine Schwierigkeit herausgestellt hätte, indem man Jegor mit Sergej Milowanow verwechselt. Jetzt hätte nur ein Zeugnis von großem Werte sein können, nämlich das Zeugnis des alten Sergej Milowanow oder dessen Erklärung, er sei nicht der Sohn der Lukeria; dieses Zeugnis könnte jedoch nicht beigebracht werden, da jener bereits gestorben wäre. Dieser Brief beunruhigte Pauline etwas, doch der ganze Sachverhalt war ihr unklar. Nach einiger Zeit schrieb sie abermals an ihren Vetter und ersuchte ihn, sofort den Freiheitsbrief zu senden; denn sie wollte noch vor ihrer Rückkehr nach Rußland ihren Mann als Kaufmann einschreiben lassen. Doch auf diesen Brief, sowie auf die folgenden zehn bis zwölf Schreiben erhielt sie gar keine Antwort mehr. Inzwischen verging der Herbst, und der Winter begann. Milowanows mußten jetzt mit ihrem alten Passe heimkehren, der aber in Rußland nicht gültig war. Raum waren sie daher in ihre Wohnung eingezogen, da forderte man von ihnen auch schon andere Legitimationspapiere. Pauline bat um Geduld und schrieb augenblicklich an Elias Petrowitsch, schickte ihm ihre Lage und bat, wenn irgend möglich, durch einen Eilboten das erforderliche Dokument ihr zustellen zu lassen.

Während dieser Zeit machte Frau Pauline Milowanow die Bekanntschaft verschiedener Künstler und Akademiker. Einige stattenen auch mit ihren Frauen Visiten ab, und insofern wurden wieder kleine Soireen veranstaltet. Dieser neue Bekanntkreis, der hauptsächlich aus Malern und Bildhauern bestand, setzte nicht nur Praskowia Andrejewna, sondern auch ihren Gatten in Erstaunen. Alle diese Künstler glichen so wenig ihren römischen Freunden, den Italienern, den Franzosen und den Deutschen, ja, es schien fast, als wäre ihren Landsleuten die Kunst vollständig fremd. Man behandelte Jegor, sowie dessen Meisterstück, welches im großen Salon auf einem hohen Postamente aufgestellt gefunden hatte, höchst gleichgültig und herablassend. Sie tadelten seine Arbeit nicht, aber sie lobten dieselbe auch nicht, sondern sie benahmen sich angesichts dieses Kunstwerkes, als würde ihnen ein neues Kleidungsstück oder sonst dergleichen vor Augen geführt. „Es ist ja gar nicht schlecht“, schienen ihre Blicke zu sagen. „Nun, Sie können sich ja weiter beschäftigen, aber auf eine Auszeichnung dürfen Sie nicht rechnen.“ Andere bewiesen ihm viel Freundlichkeit und waren über diesen marmornen fliegenden Engel sehr entzückt; bei einigen war es Aufrichtigkeit, bei vielen Heuchelei und Faltschheit. Allein auf den ersten Blick konnte man erkennen, daß man allgemein auf ihn neidisch war, doch nicht etwa auf sein Talent, sondern auf seinen Reichtum, sowie auf den Umstand, daß er nicht ge-

gegen die Soldatenhandlungen erfolglos. An dem guten Willen, sie abzuwehren, zweifle ich weder bei den Kriegsmilitären noch bei den Fürsten. Aber wirksam kann man ihnen nur entgegenwirken, wenn man die Mißhandlung strenger bestraft, und den Soldaten ein wirkliches Recht der Notwehr gibt. Auch das Beschwerderecht ist dringend reformbedürftig. Die barbarische mittelalterliche Strafe des strengen Arrestes müßte vollständig beseitigt werden. Dem deutschen Volke zuzumuten, die ausnahmsweise militärische Aufsicht zu erdulden, verrät eine Niedrigkeit und Gemeinlichkeit der Gemüthsart, die leider bei den amtlichen Organen vorhanden ist. (Vizepräsident P a a s c h e ruft den Redner zur Ordnung.) Ich halte es für meine Pflicht und die des Reichstages, gegen diese Injustiz aufzutreten. (Beifall bei den Sozialdem.)

Generalmajor v. Langemann: Gegen die Aufhebung des strengen Arrestes haben sich sämtliche Generalkommandos ausgesprochen.

W e i n h a u s e n (Dpl.) bringt einen Fall zur Sprache, in welchem ein wegen Krankheit aus dem Gefängnis und aus dem Militärstand entlassener Mann nach jezt, 9 Jahre nach seiner Entlassung, alle Zustellungen seitens der Militärverwaltung unter der Adresse erhält „An den Militärgefangenen“. (Hört, hört! lirs.)

Kriegsminister v. F a l d e n h a u m ißbilligt dieses Verfahren und verzichtet für Abhilfe zu sorgen.

R u n e r t (SD.): Der strenge Arrest ist in höchstem Maße gesundheitsschädlich; das sollte auch die Militärverwaltung anerkennen.

S c h m i d t - M e i s e n (SD.): Schon oft ist hier über den Militärboykott geklagt worden; stets antwortet die Militärbehörde, er wird nicht aus politischen Gründen verhängt, sondern aus Gründen der Disziplin. (Lachen bei den Soz.) Sachfen wird in bezug auf den Boykott gerühmt, daß er meist nur für einzelne Tage, nämlich für die Tage einer sozialdemokratischen Versammlung, verhängt wird. Aber man stelle sich nur vor, was für Skandalen dieser Militärboykott von 21 Stunden im Gefolge hat. Eine halbständige Sitzung eines Gewerkschaftsverbandes, ein Konzert, das der Bildungsanstalt veranstaltet, genügt bereits, um den Inhaber zu schädigen. Paraden werden boykottiert, weil sie ihrer Kundhaft wegen sozialdemokratische Zeitungen halten. Wenn ein Bürgermeister einen Geschäftsmann schädigen will, sorgt er für die Verhängung des Militärboykotts; ja, der Militärboykott ist schon verhängt worden, weil ein Herr den Gemeindevorstand beleidigt habe. (Hört, hört! bei den Soz.) Man sieht also, daß der Militärboykott oft von den Zivilbehörden ausgeht. (Vizepräsident P a a s c h e:) Dana brauchen Sie ihn doch nicht beim Militär so ausgiebig zu behandeln. Ich muß doch einige Stellen zur Illustration anführen. Doch das Militärverbot mit einer Gefährdung der Disziplin nichts zu tun hat, geht auch daraus hervor, daß es in Orten verhängt wird, wo gar kein Militär steht; dem betreffenden Wirt wird dann die Kontrollbescheinigung genommen. Der Grund erklärt er meist nicht, auf seine Anfrage weist die Zivilbehörde ihn an das Generalkommando, und dieses verweist ihn wieder an die Zivilbehörde. Unsere Bewegung trifft der Boykott nicht, die Bevölkerung Sachfens ist ja zum größten Teil sozialdemokratisch und daher müssen die Wirte uns die Lokale geben, wenn sie nicht wirtschaftlich zugrunde gehen wollen; der Boykott trifft die Saalinhaber, die meistens konservative Gemüthsart haben. Die Militärbehörde sollte ihn endlich fallen lassen, in den Augen jedes anständigen Menschen würde sie dadurch nur an Achtung gewinnen. (Beifall bei den Soz.)

Schärf. Militärdeputierter General Leudard von Weichdorf: Das Militärverbot wird nur im Interesse der Disziplin erlassen, die wirtschaftlichen Interessen des betreffenden Wirtes werden dabei berücksichtigt. Die meisten der in der sehr langen Rede des Herrn Schmidt vorgebrachten Beschwerden gehören übrigens zum Ressort des kaiserlichen Ministeriums des Innern.

K e i l (SD.) beschwert sich über ein Militärverbot in Ludwigsb., das verhängt wurde, weil ein Arbeitergefangener ein Feß veranfaßte. Wollte man wirklich die Soldaten vor der Verührung mit jedem Sozialdemokraten schützen, so sollte man die Sozialdemokraten vom Militärdienst ausschließen. Mit der Hebung der Disziplin hat der Boykott gar nichts zu tun. Will man die Disziplin heben, so behandle man die Soldaten als Menschen. (Beifall bei den Soz.)

Mürtiensb. Militärdeputierter General v. G r a v e n i g jucht das Ludwigsb. Verbot zu rechtfertigen.

S c h ö p f l i n (SD.): Wir müssen uns sehr entschieden verbitten, daß der Schärf. Militärdeputierter sich heraus-

nimmt, sich über die Länge unserer Reden aufzuhalten. Wie lange wir sprechen wollen, geht ihn gar nichts an. (Sehr richtig! bei den Soz.) Den Kriegsminister bitte ich um Aufmerksamkeit, ob er mit den kommandierenden Generalen ein Einvernehmen über eine mildere Handhabung des Militärboykotts herbeiführen will, seine völlige Aufhebung wird ja doch nicht zu erlangen sein. Wie kommt man übrigens dazu, die Soldaten vor jeder Verührung mit einem Sozialdemokraten bewahren zu wollen, nachdem erst jezt wieder der oberste Kriegsherr einem Sozialdemokraten freundschaftlich die Hand geschüttelt hat, nämlich dem Zugführer, der ihn über den Gottard gefahren hat. Dem Schärf. Militärdeputierten bemerke ich, daß unsere Beschwerden hierher gehören, denn die Militärbehörde erläßt das Militärverbot. (Sehr richtig! bei den Soz.)

General Leudard v. Weichdorf: Gewiß, aber der Abgeordnete Schmidt brachte auch von Zivilbehörden ausgehende Fälle vor. In einem dieser Fälle habe ich ihn selbst informiert.

S c h m i d t - M e i s e n (SD.): Das nimmt nicht, im Gegenteil habe ich Ihnen auf Ihren Wunsch das Material zur Einsicht überlassen. Das Militärverbot gänzlich fallen zu lassen, liegt nur im Ansehen der Militärbehörde selbst. (Sehr richtig! bei den Soz.)

General Leudard v. Weichdorf: Was ich gesagt habe, entspricht den Tatsachen. (Abg. Schmidt-Meisen [SD.]: Das ist nicht wahr!)

General Wild v. Hohenborn: Ich nehme gern zur Kenntnis, daß Herr Schöpflin nur eine Milderung, nicht eine Aufhebung des Militärboykotts verlangt. (Zuruf bei den Soz.): Das ist nicht wahr! Das Militärverbot wird bereits milde gehandhabt, eine weitere Milderung kann nicht in Aussicht gestellt werden.

S c h ö p f l i n (SD.): Es ist doch ganz selbstverständlich, daß ich das ausnahmsweise Militärverbot gänzlich beseitigt zu sehen wünsche. Von einer milden Handhabung kann gar keine Rede sein, die Militärbehörde macht nur da Konzessionen, wo unsere Bewegung so stark ist, daß das Militär sonst gar keine Lokale bekommt.

Sein Kapitel „Generalkommando und Landesvermessungsweesen“ klagt Zimmermann (N.), daß die Kupferstecher beim Landesvermessungsamt durch Einführung der Akfordarbeit geschädigt seien.

Generalmajor v. Schaefer beirteilt das.

Beim Kapitel „Waldverpflanzung der Truppen“ wünscht Held (N.), daß man die Offiziere in den kleinen Grenzpforten nicht zu lange läßt, sie müssen ja sonst verrottet werden. Auch sollte man für die Hebung des Trains sorgen.

General Wild v. Hohenborn: Eine regelmäßige Verpflegung der Offiziere in den Grenzpforten hat doch Bedenken, der geschlossene Charakter eines Offizierskorps könnte darunter leiden. Für die Hebung des Trains ist schon mancherlei geschehen und soll noch weiteres folgen.

P a n s c h a b (Z.) wünscht Besserstellung der Waffenmeister, damit sie nicht den zivilen Büchsenmachern Konkurrenz zu machen brauchen.

General Wild v. Hohenborn jagt mögliche Erfüllung des Wunsches zu.

P a u l i - C o c h e m (Z.) wünscht größere Rücksichtnahme auf die Landbevölkerung bei den Einquartierungen.

S c h w a b a c h (N.) wünscht Vermehrung der Garnison in Memel.

General Wild v. Hohenborn verspricht Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche.

Z u b e i l (SD.): Fortgesetzt machen die Militärmusiker den Zivilmusikern Konkurrenz, die man eine laudere Konkurrenz nicht nennen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die aus den Mitteln der Steuerzahler besoldeten Militärmusiker können natürlich die Zivilmusikern unterbieten. Ueberall, bis zum Kino und Schwimmschlacht (Heiterkeit), drängt sich die Militärmusik herein. Die Militärverwaltung hat gar nicht die ehrliebe Absicht, Wandel zu schaffen. Sonst würde ein Mindesttarif eingeführt werden, der immerhin schon eine Wendung zum Besseren bringen würde. Das Berliner Generalkommando verweigert aber die Zuziehung eines Vertreters des Zentralverbandes der Zivilmusikern zu den Verhandlungen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf die Einzelheiten der Verhandlungen kann ich nicht eingehen, freilich nicht aus Rücksicht auf die Geschäftsstelle des Hauses; denn diese ist sehr günstig; wir haben noch drei Wochen bis Pfingsten und könnten daher diese Dinge in aller Ruhe und mit

der gebührenden Ausgiebigkeit behandeln, wenn die Mitglieder des Hauses nicht solche Feriensehnsucht hätten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ueberall müssen sich Stadtkapellen und andere Zivilkapellen auflösen, weil die Militärmusiker billiger spielen. Eben erst wird wieder aus Kolberg die Auflösung der Stadtkapelle gemeldet. (Hört, hört! bei den Soz.) Was aus den Zivilmusikern und ihren Familien wird, danach frägt kein Mann. Man darf auch nicht vergessen, daß diese schmutzige Konkurrenz der Militärmusikermeister oft nur durch unerhörte Ausnutzung der Militärmusiker erreicht wird. Aber dem eingeleisteten Militärmusiker gefällt ein Militärmusiker besser wie die Quertüre zum Lohengrin. So erleben wir es denn, daß in steigendem Maße gute Musik durch Hochpreispolitik verdrängt wird. Die Begünstigung der Militärmusiker bedeutet gerabende Pflege der Gassenhauerliteratur. (Große Unruhe rechts. — Abg. Schupf [N.P.]: Unerbittlich!) Nun, ich will Ihnen gern einige Proben der „Dichtkunst“ von Militärmusikermeistern geben: „Ihr lieben kleinen Dingerchen, ich wolle Euch um die Fingerchen“, oder „Unter die Linden, unter die Linden, da komm ich mein Schatz, ich werd Dich dort finden, dich am Pariser Platz“, oder „In der Nacht, in der Nacht, mein Mägdlein, da möcht ich gern bei Dir sein“. (Stürm. minutenlange Heiterkeit.) Aber wir wollen vom Scherz wieder zum Ernst kommen. Es ist bitterster Ernst, daß die schmutzige Konkurrenz der amtlich geschäftelten und begünstigten Militärmusiker Tausende von armen braven Familien brotlos machen. Da ist wirklich kein Grund zum Lachen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Das Gegenstück zu diesem Elend der Zivilmusikern ist die gerichtlich festgestellte Tatsache, daß für die „Fürsprache“ bei Bewerbungen um freigewordene Militärmusikerstellen 500 bis 2000 Mark bezahlt werden. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Nicht bezeichnend ist, daß das Gericht den Empfang solcher Schmiergelder nicht als militärisches Vergehen ansah. (Stürm. Hört, hört! bei den Soz.) Mindestens sollte den Militärmusikern das Spielen nach 11 Uhr nachts untersagt werden; dann wäre wenigstens etwas erreicht. Sie (nach rechts) treten immer für den notleidenden Mittelstand ein. Hier haben Sie einmal Gelegenheit, etwas für den Mittelstand zu tun. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

General Wild v. Hohenborn: Ein warmes Herz für die Zivilmusikern haben auch wir; aber in den einschneidenden Bestimmungen für die Militärmusiker können wir nicht noch weiter gehen, als es schon geschehen ist. Außer der Not und dem Elend unter den Musikern ist wohl auch eine gewisse Ueberproduktion und die ausländische Konkurrenz schuld. Den Frieden zwischen Militär- und Zivilmusikern durch einen Tarif wünschen auch wir, aber die Tarifverhandlungen scheiterten, weil unter den Zivilmusikern verschiedene Parteien waren, die sich nicht einigen konnten und wollten. (Abg. Zubeil: Das stimmt nicht!) Man kann doch im Ernst nicht bezweifeln, daß die Militärmusik ein Kulturfaktor ist, wenn auch nicht immer Oratorien gespielt werden. (Heiterkeit.) Die kleinen Städte bitten zahlreich um Militärmusik. Sehr ernst ist der zur Sprache gebrachte Fall der Stellenermittlung durch einen Kapellmeister. Hier ist sofort eingegriffen worden, denn derartiges darf nicht vorkommen.

P a n s c h a b (Z.) wünscht eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen der Militärmusiker.

G u n k e r (Dpl.): Ein generelles Verbot der privaten Tätigkeit der Militärmusiker ist eine viel zu weit gehende Forderung, es würde das geradezu zu einer Verödung des Musiklebens in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande führen. (Sehr richtig! bei der Volksp.)

Z u b e i l (SD.): Wir wollen nicht eine Beseitigung der Militärmusik, wir wollen sie nur nicht haben, wo sie nicht hingehört, sie soll nicht den Zivilmusikern im Umherziehen Konkurrenz machen. Wenn man den Militärmusikern die Uniform ausziehen würde, würden sie ihre Anziehungskraft verlieren, dann würde sich zeigen, wer der Kulturfaktor ist, die Militärmusik oder die Zivilmusik. Die Städte verlangen die Militärmusik, weil sie den Tarif der Zivilmusikern nicht zahlen wollen. (Bravo! bei den Soz.)

B e l z e r (Z.) bittet, eine Garnison nach Heddingen zu legen.

General Wild v. Hohenborn jagt wohlwollende Erwägung zu.

Hieran vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr.

Schluss 6 Uhr.

zungen war, dem Künstlerdramen beizukommen. „Ach, Sie sind ja so reich, daß Sie arbeiten können, wann und wie Sie wollen!“ hieß es. „Anerkennung werden Sie jedoch hierorts nicht finden; denn sollte man bei Ihnen ein Talent entdecken, so wird man dasselbe einfach ignorieren, nicht aus Neid, aber... Nun, vielleicht gelingt es Ihrem Gelde...“ Daß man bekehren müßte, daran zweifelte niemand, nur war die Frage, wen und mit welcher Summe. Einige meinten, man müße dem Staatsrat Simon Jülich ein Geschenk machen, andere dagegen behaupteten, Onophriswürstchen würde weniger rechnen und dieses Kunstwerk so ausposaunen, daß die Kunde davon selbst zum Kaiser dringe.

Pauline war über solche Redensarten sehr beunruhigt, und ihr Vertrauen auf die St. Petersburger Meinung wurde sehr erschüttert. Sie hatte geräumt, daß man sie jagte nach ihrer Ankunft in St. Petersburg von allen Seiten beunruhigen und ihren Jura mit dem Lorbeer schmücken, dem Kaiser vorstellen und als den größten Künstler des Erdkreises feiern werde. Wohl erkannte sie manchmal selbst, daß sie träumte, doch sie dachte, daß wenigstens der zehnte Teil von all dem erträumten Glücke sich verwirklichen würde. Allein jezt fühlte sie sich erschüttert und enttäuscht; denn als man den Engel zum ersten Male ausstellte, da empfand sie einen tiefen Schmerz. Bei dem ersten Anblicke sah sie vor der Stille und fraunte die Welt an, und sie jagte sich dabei immerfort, daß sie selbst in den großen Galerien, wie in Rom und Dresden, kein schöneres Kunstwerk gesehen habe. Man forderte nun die bedeutendsten Künstler an, ihr Urteil abzugeben. Sie kamen und gingen um das Bekannte herum und fügten an den Engel zu loben, besonders den — Marmor. Schließlich waren auch einige da, die an der Arbeit verschiedene zu loben hatten. Zunächst lobten der eine Flügel länger zu sein, als der andere, dann war eine Schulter etwas zu dick, und endlich sah die Hand aus, als wolle sie etwas greifen, während sie doch eigentlich ausgebreitet sein sollte; ferner war das Gewand des Engels zu schwerfällig und zu lang, so daß man unwillkürlich daran anging, ein wenig lange Beine vermerkte, und ebenis lobten es nicht richtig zu sein, daß nur der eine Fuß höher war, da man zweifelsohne hätte beide Füße sehen müssen. So kritisierte man in der schonungslosigen Weise. Zum Schluß begann man über den teuren Marmor in St. Petersburg zu sprechen, wußte, daß derselbe außerordentlich schön war, lobte das italienische Klima, und einer der Herren bei Jago eine neue Art Hantelpantillen an.

Pauline, welche an diesem Empfangstage zugegen war, fühlte, wie ihr der Kopf schwindelte, es war ihr, als säße sie vor einer großen Menge. Milowanow dagegen war sehr schweigsam, doch als die Gefe sich entsahnen hatten, trat er auf seine Frau zu und legte mit sanfter Stimme:

„Reißt Du, Pauline, wir wollen den Engel einpacken und irgendwo verwahren. Dann fahren wir nach Berejopole, um meine Mutter zu besuchen. Die Mutter nehmen wir mit und fahren nach der Piazza Sabotini zurück. Dort atmet man freier, und hier ist mir ebenso kalt im Herzen, wie draußen im Freien. St. Petersburg kommt mir vor, wie eine Totengruft; diese Leute hier leben nicht, sondern sie sind tot, und es ist bloß ein Haufen von ihnen, daß sie sich für lebendig halten. Ich rede vielleicht dummes Zeug, aber ich kann nun einmal nichts für meine Gedanken und Gefühle.“

Den ganzen Tag hindurch versuchte er seine Gattin zu überzeugen, daß sie sich getäuscht hätten; es sei immerhin möglich, daß einmal etwas aus ihm würde, aber erst nach zehn bis zwanzig Jahren. Zum Beweise dafür wies er sie darauf hin, daß selbst in Rom sämtliche Künstler bereits in reiferem Alter ständen, und daß es wirklich zu viel verlangt wäre, wenn man erwarte, daß er noch so jung und binnen so kurzer Zeit ein großer Künstler werden sollte.

XIII. So war bereits ein Monat verfloßen, ohne daß sich das Gesicht der Familie Milowanow entschieden hätte. Es wollte ihnen nicht gelingen, irgend eine hohe Persönlichkeit auf ihr Kunstwerk aufmerksam zu machen, weder einen hohen Staatsbeamten noch einen Professor der Akademie.

Aus Berejopole kam nicht nur „kein Dokument“, sondern nicht einmal ein Brief. Fortwährend erschienen Polizeibeamte in ihrer Wohnung und verlangten Legitimationspapiere. Da sie Leibeigene waren, durfte die Polizei ohne die Genehmigung ihres Herrn keine Pässe ausstellen. Ganz besonders ärgerte sich Pauline über einen dieser Beamten, der ihr mit lautem Lächeln rief, sich von ihrem Herrn die Erlaubnis zu erditten, wohnen zu dürfen, wo sie wolle, und dafür eine kleine Abgabe zu entrichten. Ihre Befragung, sie wäre eine geborene Fürstin Berejopolsta, wurde als eine Erfindung belächelt.

„Sobald Sie aus Ihre Papiere vorlegen, können Sie unerschwerdigen aus Donauprinzeßin sein.“ jagte er. „Nachgehens haben wir einen englischen Kaiser auf drei Tage bei Wasser und Brot eingesperrt, weil er keine Legitimationspapiere besaß.“

Das Schweigen ihres Betters kummerte Pauline sehr. Anfangs vermochte sie den Gedanken gar nicht zu fassen, daß der Fürst unerhört an ihr handeln könnte, doch allmählich drängte sich ihr dieser Gedanke immer mehr und mehr auf. Wie sollte sie sich sein Benehmen auch erdtern erklären! Aber welchen Zweck verfolgte er dabei, daß er sie, ihren Gatten und ihr Kind als seine Leibeigene in seine Gewalt zu be-

kommen trachtete? Ihr war dieses alles unerklärlich, und wenn sie mit ihrem Manne darüber sprach, so zuckte dieser nur die Achseln und meinte:

„Das ist ja einzig und allein unsere Schuld. Wir hätten vor unserer Abreise alles ordnen sollen.“

In der letzten Zeit hatten sie gar keine Ruhe mehr, an ihren Engel zu denken; denn sie wurden von der Polizei zu sehr beunruhigt.

Eines Morgens meldete der Diener, im Vorzimmer sei ein feiner Herr, der aber seinen Namen nicht nennen wollte. Milowanow ging hinaus und fragte nach dem Begehre des Fremden.

Der fremde Herr war von mittlerem Wuchs, trug eine Brille, hatte treue, gute Augen und ein sehr liebes Gesicht, kurz, er machte einen sehr günstigen Eindruck.

„Sind Sie Herr Jury Milowanow?“ fragte er sehr freundlich mit einer Stimme, welche fast jugendlich klang.

„Jawohl, ich bin es.“

„Gestatten Sie mir, Ihre werthe Bekanntschaft zu machen, und gönnen Sie mir die Freude, Ihr Kunstwerk in Augen schein zu nehmen!“

„Bitte, bitte, sofort!“ entgegnete Milowanow nervös.

Es war der erste Besuch, der angesprochen zu ihm kam, und dieser Besuch verjagte ihn daher in ziemliche Aufregung. Anfangs glaubte er, in St. Petersburg würde es gerade so sein, wie in Rom, wo die Leute von der Straße heraufkamen, um sein Kunstwerk zu bewundern. Allein er irrte sich; hier mußte man die Kunstkenner und die Kunstfreunde erst mehrmals einladen, ehe sie sich zu einem Besuche herbeiließen.

Milowanow nötigte den Gast in den Salon und bat ihn, Platz zu nehmen; hieran begab er sich zu seiner Frau.

„Wer ist der fremde Herr?“ fragte sie lächelnd.

„Ich weiß es nicht“, versetzte Jury.

„Hast Du ihn denn nicht gefragt?“

„Nein, ich habe es vergessen.“

„Nun, so gehe doch zu Deinem Gaste!“

„Aber was soll ich denn dort allein tun? Komme doch mit mir! Ich will nur erst den Schlüssel suchen, doch ich weiß nicht, wohin ich ihn gelegt habe.“

Pauline begab sich in den Salon und wollte sich eben als die Gattin Milowanows vorstellen, als der Fremde sich erhob und ihr beide Hände entgegenstreckte.

„Ich bin sehr erfreut, Sie kennen zu lernen“, jagte er verbindlich. „Ich habe so selten in meinem Leben charakteristische Menschen kennen gelernt, und da ich so vieles von Ihnen erfahren habe, so bin ich, offen gestanden, ein wenig neugierig gewesen, Ihre Bekanntschaft zu machen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Ein feiner Staatsanwalt.

In Breslau ist die Innungsbank zusammengebrochen. Der amtliche Revisor teilte nach der konservativen „Schlesischen Zeitung“ mit, daß der Zusammenbruch erfolgt ist, weil „einzelne Konten ungeheure Höhen erreichten. Der Kaufmann Meyer-Kirschstein habe mit seiner Frau, Tochter, Schwiegertochter und Schwiegersohn (einem höheren richterlichen Beamten) ein mit 660 000 Mk. zu Buche stehendes Schuldkonto. Der erwähnte Staatsbeamte sei allein mit 190 000 Mk. engagiert. Es sei ungewöhnlich, daß ein Beamter solche Schulden kontrahiert. Sonderbar mußte es an, wenn der erwähnte höhere Beamte einen Vergleich mit 35 000 Mk. bezüglich einer faulen Hypothek zur Deckung des Kontos anbot.“

Dieser höhere richterliche Beamte, dessen Name von dem konservativen Blatte schamhaft verschwiegen wird, ist der Staatsanwaltschaftsrat Glaser!

Herr Glaser — so schreibt unser Breslauer Parteiblatt —, der Staatsanwalt, der gegen Genossen Löbe 1½ Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragte, weil dieser Ordnung und Sicherheit in Preußen umstürzen wollte! Ein Jahr hat er damals zum Schutze des Staates durchgeföhrt!

Herr Glaser, der Staatsanwalt, der unzählige Male schwere Gefängnisstrafen gegen Redakteure der „Volkswehr“ beantragt hatte, weil sie die heiligste Ordnung des Staates verletzten — die er doch zu schützen und zu stiften berufen ist!

Herr Glaser, der Staatsanwalt, der noch vor ein paar Wochen das Todesurteil gegen den Bureauvorsteher Müller beantragte und begründete — der Mann wird jetzt enthüllt als einer der Mitschuldigen am Krach der Innungsbank!

660 000 Mark Schulden hat er mit seiner Verwandtschaft bei den Handwerksmeistern aufgenommen, 190 000 Mark entfallen allein auf ihn, und die Art, wie er die „Deckung“ des Kontos vornahm, findet der amtliche Revisor für einen höheren Beamten „sonderbar“. Sehr sonderbar sogar! Uns wird von einem früheren Vorstandsmitglied der Bank mitgeteilt, daß dem Herrn Staatsanwalt Anfang Mai 1913 noch einmal eine Frist zur Deckung seiner Schulden, ein sogenanntes Moratorium, gewährt wurde und man ihm dabei seine schuldenfreie Villa in Mischeide überlassen hat. Noch im selben Monat war diese Villa Besitztum seiner Frau! Später wurde er und seine Frau vor den Vorstand zur Regelung seiner Angelegenheiten zitiert und es wurde ihm die Frage vorgelegt, ob er noch weitere Vermögensstücke besitze. Als er diese Frage mit Nein beantwortet hatte, wies man ihm nach, daß er noch etwa 30 000 Mark Hypotheken auf einem Grundstück in der Bohrauerstraße besaß. Die Antwort auf diese Enthüllung war — verlegenes Schweigen. Vor einigen Tagen wurde dem Staatsanwalt und seinem Rechtsanwalt mittels eingeschriebenen Briefes mitgeteilt, daß er nunmehr seine Angelegenheiten ordnen müsse, andernfalls man seinen Namen öffentlich nennen werde. Da eine Antwort darauf nicht erfolgte, wahrscheinlich nicht erfolgen konnte, nannte Verbandsrevisor Korthaus den Namen des Mannes, den man bisher nur als Stütze des Staates und seiner Ordnung kannte und siehe da — es war Herr Glaser.

## Aus der Partei.

Neue Attacken gegen die Sozialdemokratie. Den Scharfmachern ist Heil widerfahren. Am Sonnabend hat, wie bereits gemeldet, die Polizei von Charlottenburg sechs Personen verhaftet, die eingetaucht haben sollen, in der Roten Woche das Charlottenburger Kaiser-Friedrich-Denkmal mit roter Farbe beschmiert zu haben. Der Haupttäter ist nach dem Polizeibericht ein 20jähriger Fabrikarbeiter Linke, dem einige Schloffer und ein Schankwirt geholfen haben sollen. Die Polizei will auch festgestellt haben, daß die Verhafteten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind. Der ganze Vorfall ist natürlich Wasser auf die Mühlen aller Scharfmacher. Und die freikonservative „Post“ hat für die Missetäter schon den Denker bei der Hand. Sie schreibt: „Offenlich verfährt man auch nicht zimperlich mit ihnen. Zwar sieht der § 304 des Strafgesetzbuches (qualifizierte Sachbeschädigung) bereits Gefängnis bis zu drei Jahren vor, es wäre aber doch wohl auch die Frage zu prüfen, ob die Tat nicht in Idealkonkurrenz mit Majestätsbeleidigung steht. Jedenfalls verdienen die Täter, daß sie die volle Strenge des Gesetzes trifft.“ — Die maßgebenden Parteiführer haben nun festgestellt, daß der als angebliche Haupttäter verhaftete Linke niemals Mitglied der sozialdemokratischen Partei war; weiter konnte festgestellt werden, daß während der Roten Woche von einem Genossen in Charlottenburg wohl der Gedanke geäußert wurde, die Worte „Rote Woche“ an Häusern und Planken zu schablonisieren, daß aber von den leitenden Parteigenossen sehr energig dieser Plan bekämpft und verhindert wurde. Für das, was dann getan ist, die Partei also nicht verantwortlich.

Nicht beschäftigt. In Arbergen, einem preussischen Dorfe umweil der Stadt Bremen, wurden vom Gemeindevorstand zwei Bürgerliche und ein Sozialdemokrat in den Schulvorstand gewählt. Während jene die landrätliche Bestätigung erhielten, wurde diese unserem Genossen verweigert.

Ein glänzender Wahlsieg der Sozialdemokratie. Die Mainzer Stadterordnetenwahl vom 4. Dezember v. J. hatte der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht. Von ihrer Liste waren 7 Sozialdemokraten und 6 Bürgerliche gewählt worden, während die vereinigten Ultramontanen, Nationalliberalen und Freiwillichen nur 3 Kandidaten durchbrachten. Die Gegner suchten die Wahl an. Der Kreiswahlprüfung erklärte dann die Wahl für ungültig. Am Donnerstag fand nun die erneute Wahl statt, sie endete mit einer vernichtenden Niederlage des schwarzblauen Blocks. Die Sozialdemokraten gingen gemeinsam mit den linksgerichteten Fortschrittlichen, die sich inzwischen von ihren rechtsstehenden Parteigenossen getrennt hatten, vor und es gelang ihnen so, nicht nur den Erfolg vom 4. Dezember zu behaupten, sondern auch noch die drei Blockangehörigen hinauszubringen und durch drei Antiliberalen zu ersetzen. Die Stimmen der Gegner gingen von 6921 auf 5660 zurück, während sich unsere

Stimmen von 6355 auf 6716 vermehrten. Da aber noch etwa 350 zerplitterte Stimmen unserem Kandidaten zugerechnet werden müssen, so ist die Stimmenmehrheit zwischen dem mindestbestimmten Kandidaten unserer Liste und dem höchstbestimmten der Gegner voraussichtlich etwa 1000 Stimmen. Die Sozialdemokratie auf dem Stadthause wird von den 52 Mitgliedern demnächst 17 haben.

Im Stichwahlkampf verunglückt ist der französische Genosse Nadi. Sein Automobil geriet in einen Graben. Nadi trug schwere Quetschungen davon, welche, wenn auch nicht lebensgefährlich, doch so schwer sind, daß Genosse Nadi sich vom Wahlkampf zurückziehen muß.

## Der Bildungsausschuh ein politischer Verein.

Das System Dallwitz wirkt auch nach dem Abschiede seines Titelselbden weiter. Nach der Politisch-Erklärung der Jugendauschüsse, der Arbeiter-Sportvereine und der Gewerkschaften sind nunmehr die Bildungsausschüsse an der Reihe. Diesmal gibt der Breslauer Polizeipräsident den Ton an, der dem Genossen Löbe folgenden Akt übermittelte:

Breslau I, den 5. Mai 1914.  
Nach den amtlichen Feststellungen dient der hiesige sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsausschuh wegen (1) seiner Einrichtung, Bestimmung und Tätigkeit nicht nur der Unterhaltung und Belehrung, sondern auch und zwar in der Hauptache dazu, die Jugendlichen durch planmäßige Aufklärung auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten (1) für die Zwecke der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen und in der Jugendzeit zu ihr zu erhalten und zu festigen. Der Ausschuh bezweckt somit eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten.

Wenn er auch in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnisse zu dem hiesigen sozialdemokratischen Verein steht und seinen Weisungen zu folgen hat, so hat er doch seither, insbesondere durch Veranstaltung öffentlicher Versammlungen und durch Auswahl und Durchführung der in dieser zu erörternden Gegenstände, eine selbständige Vereinstätigkeit entfaltet.

Er ist somit ein politischer Verein.  
Als dessen Vorsitzenden fordere ich Sie deshalb gemäß § 3 Reichsvereinsgesetz auf, zur Vermeidung von Geldstrafen von 30 (fünftzig) Mark, an deren Stelle im Unermessenfalls fünf Tage Haft treten würden, mir binnen 10 Tagen ein Verzeichnis der Vorsitzendenmitglieder des Ausschusses und dessen Satzungen einzuweisen. Auch gebe ich Ihnen, unter Hinweis auf §§ 17, 18, Ziffer 3, 4 Reichsvereinsgesetzes bekannt, daß hierdurch verbotswidrig in von dem Ausschuh veranstalteten Versammlungen anwesende Jugendliche ihre politische Entfernung zu gewärtigen haben.  
v. Oppen.“

Der Breslauer Bildungsausschuh hat, da er eben nur ein Ausschuh und kein Verein ist, bisher weder Satzungen noch einen Vorstand gehabt. Beides müßte der Polizei zurückerst beschaffen werden. Dazu haben die Breslauer Genossen vorderhand noch keine Veranlassung, umjomehr, als die Amtsdauer des bisherigen Bildungsausschusses jetzt gerade abgelaufen war. Man verzichtete also vorläufig auf die Neuwahl eines Bildungsausschusses und die Polizei wird auf die Beantwortung ihrer Wünsche ein wenig warten müssen.

## Die Falterqualen des strengen Arrestes.

Ein Genosse schreibt uns aus einem Gefängnis: Bei der Beratung des Marine-Etats im Reichstage wurde zur Sprache gebracht, daß bei der Marine noch immer überaus harte Strafen verhängt werden. So werden an Bord Matrosen, die zu strengem Arrest verurteilt sind, mit hochgehobenen Armen aufrechtstehend angebanden. Staatssekretär v. Tirpitz meinte, daß strenge Strafen sein müßten und daß sich der strenge Arrest an Bord nur einmal nicht anders durchführen lasse. Der Reichstag nahm diese Erklärung, mit der sich selbst die grausamste Folter „rechtfertigen“ ließe, beziehungsweise gelassen hin. Doch auch der strenge Arrest, wie er an Land durchgeführt wird, ist eine barbarische Strafe, die in die peinliche Halsordnung Karls V. passen mag, für die aber in unserem Zeitalter kein Platz mehr sein sollte. Ja, selbst jene peinliche Halsordnung ließ die Folter nur zur Erpressung von Geständnissen, nicht aber zur Bestrafung der Abgeurteilten zu. Der heutige strenge Arrest aber verhängt über den damit Bestraften die schlimmsten Folterqualen.

Im Gefängnis habe ich jetzt einmal selbst Gelegenheit gehabt, mich davon zu überzeugen, was der strenge Arrest bedeutet. Traß ich da in der Sprechstunde des Gefängnisarztes einen Blutjungen, wie ich später erfuhr, erst neunzehnjährigen Menschen, der wie ein Schwindsüchtiger und Intenblaus wie ein Schwerkranker. Der bedauerenswerte Mensch war als Epileptiker von der Marine, bei der er als Freiwilliger eingetreten, nach anderthalbjähriger Dienstzeit als untauglich entlassen worden. Vorher hatte er sich aber ein sogenanntes militärisches Vergehen zuschulden kommen lassen. Er war einem Unteroffizier nicht so demütig gegenübergetreten, wie es der militärische Gehorsam verlangt: einen Eimer pötte er beim Bordreinigung in widerpeniger Weise zu Boden geworfen haben. Ein fürchterbares Verbrechen! Das Kriegsgericht in Wilhelmshaven verurteilte den Epileptiker wegen Achtungsverletzung zu 1½ Monaten Gefängnis. Er legte beim Oberkriegsgericht in Wilhelmshaven Berufung ein und jetzt lautet das Urteil auf 28 Tage strengen Arrest. Da der Verurteilte inzwischen zum Zivil entlassen worden war, wurde er zur Abmüdung der Strafe dem Zivilgefängnis überwiesen. Dort traf ich ihn.

In diesem Gefängnis war, wie ich gern gebe, die Behandlung der Strafgefangenen durchaus human. Die ihnen übertragene Arbeit war nicht zu hoch bemessen und auch nicht zu anstrengend. Antreiberei habe ich nicht beobachtet. Auch war den Gefangenen Bewegung in freier Luft reichlich gestattet. Die meisten arbeiteten überhaupt den ganzen Tag in der freien Luft. Die Kost war nicht gerade schlecht und bot sehr große Portionen. Die Betten waren, den Verhältnissen entsprechend, sogar recht gut. Der Gefängnisarzt kam den Gefangenen, die über etwas zu klagen hatten, freundlich entgegen. Von Anknauererei habe ich nichts wahrgenommen. In diese in ihrer Art humane Strafanstalt wurde nun der militärische Verbrecher gebracht, der doch schließlich von allen Gefangenen am wenigsten auf dem Krchhof hatte, um die Folter des strengen Arrestes durchzumachen. Die Gefangenenwärtter, die den anderen Gefangenen ihr Los, soweit es mit den Vorschriften vereinbar, zu erleichtern suchten, mußten dem Militärgefängenen den Aufenthalt im Gefängnis zum Schrecken und Grauen machen. Auch der Arzt konnte daran nichts ändern. Er würde gewiß keinem Epileptiker Wasser und Brot verordnen und einen dunkeln Raum zum Aufenthalt anweisen. Er hat wahrscheinlich auch gemeint, daß ein Epileptiker sicher nicht in solcher Weise bestraft werden dürfte; aber das Gericht hatte nun einmal sein Urteil gefällt.

So kam denn der Epileptiker in eine völlig dunkle Zelle, in der sich nur eine hölzerne Britische befand. Darin mußte

er drei ganze Tage bei Wasser und Brot zubringen. Au den vierten Tag kam er in eine helle Zelle und erhielt Gefängnisloft. Dann ging die dreitägige Folter in der Dunkelstammer wieder von neuem an.

In der Dunkelstammer bei Wasser und Brot dauern drei Tage eine Ewigkeit. Der Gefangene sieht also eigentlich nicht 28 Tage, diese 28 Tage dauern ihm Monate lang. Am vier-ten Tage, dem sogenannten guten oder freien Tag, wurde der Epileptiker regelmäßig dem Arzte vorgeführt. Der arme Mensch rief, als wir auf dem Gange standen, den Gefangenen, welche die Kübel mit dem Essen herumtrugen, neidisch zu: „Habt Ihr ein feines Leben!“ Natürlich: gegen die Qualen der Dunkelstammer mußte ihm das Leben der übrigen Gefangenen ja wie ein Herrenleben vorkommen!

Der arme Mensch wurde immer magerer. Er sah wie eine Leiche aus. Der Rehtopf stand ihm weit aus dem fleischlosen Halse heraus. Kein Wunder! Auf der harten Holzprühe konnte er nicht schlafen. Mühelos wanderte er in der Zelle die 72 Stunden hin und her. Hatte er dann den guten Tag, dann reholierte der Wagen. Kaum hatte er einige Löffel der großen Gefängnisloft zu sich genommen, mußte er sich übergeben. Der Arzt verschrieb ihm Mehlsuppe. Es dauerte lange, bis schließlich wenigstens die Mehlsuppe bei ihm blieb. Das empörendste dabei ist, daß der Arzt die Strafe kaum mildern konnte. Das Gericht bestand nun einmal auf strengem Arrest und dazu gehört die Dunkelstammer und Wasser und Brot. Schon bei einem gefunden Menschen ist ein solcher Strafvollzug Barbarei. Nun gar einem Epileptiker gegenüber!

Das allerbarbarischste aber ist, daß die Reichsregierung und die bürgerliche Reichstagsmehrheit, die sich so gerne ihrer christlichen Geinnung rühmen, solchen strengen Arrest ganz in der Ordnung finden. Kann es eine schärfere Verurteilung für ein System geben, das ohne solche Strafen nicht auskommen behauptet?

## Gewerkschaftsbewegung.

Neuiken im Prozeß Keiling. Gegen das milde Urteil der Leitenderen Geschworenen über den Berliner Streikbrecheragenen Keiling, der in Fetischen den Vertrauensmann der Buchdrucker erschossen hat, hat die Staatsanwaltschaft und der Vertreter der Angehörigen des erschossenen Genossen Solinger die Nichtigkeitsbeschwerde (Revision) an den obersten Gerichtshof in Wien eingelegt. Die Verhandlung darüber findet am 16. Mai statt. Die Nichtigkeitsbeschwerde stützt sich in der Hauptache darauf, daß den Geschworenen Fragen der Notwehr vorgelegt wurden.

Veränderter Streik der Maßschmader in Berlin. Am Donnerstag vormittag hat eine Versammlung die Wieder-aufnahme der Arbeit beschloffen. Bereits im Anjange der Bewegung hatten die Schumachermeister die Aufbesserung der Grundlöhne um 25 und 50 Pfg. für ein Paar Böden den Forderungen der Gehilfen genäh anerkannt. Eine besonders wichtige Forderung, die möglichst gleichmäßige Bezahlung der sogenannten Extraarbeiten in allen Geschäften, war jedoch abgelehnt worden, und die Meister hatten jede Verhandlung hierüber verweigert. Erst in der fünften Streikwoche ließen sie sich auf weitere Verhandlungen ein. In zwei Sitzungen konnten dann endlich die 66 Positionen der Extraarbeiten durabereden und bis auf eine den Wünschen der Arbeiter einigermaßen entsprechend geregelt werden. Nur eine Position blieb noch strittig. — Da die Saison bald ihrer Höhe suchte, wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen, würde doch ein längerer Ausstand keine besonderen Vorteile mehr in Aussicht stellen. So wurde denn auch die Forderung auf Errichtung von Werkstätten fallen gelassen; auch erklärte sich die Versammlung mit einer vierjährigen statt der bisher fünfjährigen Vertragsdauer einverstanden.

Zum Streik auf Grube Hostenbach. Erst jetzt werden durch die christliche Gewerkschaftspress allerhand schwere Ausjchreitungen bekannt, die sich Arbeitswillige auf Grube Hostenbach zuschulden kommen ließen. Am Sonntag, dem 26. April, kam es zunächst früh im Zechenhaus zu heftigen Aufritten; am nachmittag ereigneten sich in der Wirtshaus Schmitz zu Hostenbach lebhaftere Krawalle, wobei eine Anzahl Gegenstände zertümmert und der Wirt verlegt wurde. Die Haupthelden wurden schließlich durch den Gendarm verhaftet, ebenso ein anderer Arbeitswilliger, der einen Streikenden hinterwärts niedergeschlagen hatte. Dann machte ein mit Messern bewaffneter Trupp der nützlichen Elemente eine Runde durch die Ortschaften, unter den Frauen und Kindern Schrecken und Entsetzen verbreitend. Klagen rief der christliche „Bergknappe“ aus: „Solche Elemente, die teilweise monatelang ohne Beschäftigung waren und keine einwandfreie Vergangenheit haben, sind für Hostenbach argwunden und werden unter polizeilichem Schutz vom Bahnhof zur Grube gebracht. Wie es heißt, sollen die Verhafteten durch andere ersetzt werden. Hoffentlich wird auch die Gemeinde Vorkehrungen treffen und die Unterfunktstätte der Verhafteten vergrößern, damit bei notwendigen Massenverhaftungen auch Platz genug vorhanden ist.“ Unverändert dauert der Streik fort; die einheimische Belegschaft reißt ab, um sich in anderen Revieren Beschäftigung zu suchen. Der christliche Bergarbeiterverband warnt vor Arbeitswilligen-Bermittlungsbureaus; dabei bekommen die Zentrumsblätter, die den Streikbrecher-Annoncen Aufnahme gewährten, einen leisen Tadel: Sollten die betreffenden Chefs der Insperatenabteilung den redaktionellen Teil ihres Blattes eingehender durchgehen, so wäre wohl eine Aufnahme der Annoncen nicht erfolgt. — Wir würden den Redakteuren der Zentrumspresse mildere Umstände zudifferieren: Sie haben bei den vielen Streikbrüchen der Christlichen das Gefühl für das jahmawolle des Streikbruchs verloren.

Der Streik in der spanischen Handelsmarine. Der Ministerpräsident hatte den Streikaußschuh der Offiziere der Handelsmarine in Bilbao telegraphisch einlad, nach Madrid zu kommen, um über die Beilegung des Zwistes zu verhandeln. Der Streikaußschuh ließ die Anforderung unbeantwortet. — Man befürchtet in Bilbao, daß die spanische Regierung die infolge des Streiks in England zurückgebliebenen spanischen Schiffe mit Hilfe englischer Mannschaften nach den spanischen Häfen zurückbringen werde. In diesem Falle würde der Ausstand auch auf die in dem amerikanischen Dienst stehenden Schiffe ausgedehnt werden, wodurch die Verproviantierung der spanischen Truppen in Marokko stark erschwert würde.

Lehnbewegungen der Transportarbeiter in Rheinland und Westfalen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Transportarbeiter in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind außerordentlich verbesserungsbedürftig. Die Ausbreitung des Organisationsgedankens stößt hier infolge des ausländischen Arbeiterelementes auf erhebliche Schwierigkeiten. Nicht nur in den kleineren und mittleren Städten herrscht noch das Kohn- und Logiswesen vor. An geregelte Arbeitszeiten ist deshalb in den meisten Betrieben nicht zu denken. Infolge unermüdlicher Organisationsarbeit ist es jedoch dem Transportarbeiterverband gelungen, die Organisation in verschiedenen Orten in erfreulicher Weise zu stärken, jedoch nunmehr energig die Verbesserung der miserablen Arbeitsverhältnisse angestrebt werden kann. Vor kurzem reichten die Dortmunder Fahrleute in zirka 10 Betrieben mit 34

